

Berliner Volks-Tribüne.

Social=Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 13.

Sonnabend, den 31. März 1888.

II. Jahrgang.

Die Berliner Arbeiter und die Stadtverordnetenwahlen. Ein Gutachten und ein Rückblick. I. — Die Arbeiterbewegung und die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels. II. — Ed. Vaillant und der Pariser Gemeinderath. — Aus der Rede Kronawetter's über Staat, Kirche und Schule. Frühlingskampf. Gedicht von Sallet. — Aus dem Pariser Proletarierleben. Novelle. — Suggestion. Eine Blanderei. — Maßregelungen der Berliner Maurer. — Der „hochwohlthöbliche“ Buchdruckerunterstützungsverein. — Die Revolution im Buchdrucker-gewerbe. — Bäckerorganisation in Amerika. — Die Organisation der Schneider. Politisches und Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Arbeiterversicherung. — Vereine und Versammlungen.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ Sozialpolitisches Wochenblatt,

erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlicher Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

sozialistischen Standpunkte
aus zu beleuchten. Mit derselben Entschiedenheit, mit welcher die
„Berliner Volks-Tribüne“

demgemäß die großen, allesbeherrschenden Gegensätze von Kapital und Arbeit behandelt, zieht sie auch alle Einzelheiten der Gewerkschaftsbewegung, der Fabrikgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, der Steuer- und Parteikämpfe in den Kreis ihrer Betrachtungen.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt wie das unsrige als ein unentbehrliches Aufklärungsmittel des Volkes.

Wir bitten die zahlreichen Freunde unseres Blattes, die Feiertage eifrig zur Werbung neuer Abonnenten zu benutzen, und uns für auswärtige Adressen von Expediteuren mitzutheilen.

Bei Bestellungen in Berlin wende man sich stets direkt an die Expediteure. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei ins Haus.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Die Berliner Arbeiter und die Kommunalwahlen in Berlin.

Ein Gutachten und ein Rückblick
von Max Schippel.

Von mehreren Seiten aufgefordert, in einem Gutachten nochmals die Gründe zusammenzufassen, welche den größeren Theil der Berliner Arbeiter zu Gegnern der Theilnahme an den Kommunalwahlen gemacht haben — komme ich diesem Wunsche um so lieber nach, als ein derartiges Gutachten im gegenwärtigen Augenblicke jede persönliche Zuspitzung vermeiden und sicherlich dazu beitragen kann, viele ganz haltlose Behauptungen zu widerlegen, die sich in den letzten Monaten in den Köpfen zahlreicher Parteigenossen wie unerschütterliche Thatsachen festgesetzt haben, weil sie — oft genug wiederholt worden sind.

Noch mehr, es scheint mir im gegenwärtigen Augenblicke sogar ein gewisser Zwang vorzuliegen, nicht länger mit gekreuzten Armen dem halb erheiternden, halb empörenden Gebahren der gegnerischen Blätter zuzusehen, welche sich die vorliegenden Thatsachen lediglich darum nicht in ganz natürlicher Weise zu erklären vermögen, weil sie jegliche Fühlung mit Arbeiterkreisen verloren haben, und die sich nun darauf verlegen, geheimniskvoll von allerlei Teufeleien zu munkeln, die hier ihre verrätherische Hand im Spiele gehabt hätten. Diesem tollen politischen Spul, der am hellen lichten Tage in der Stadt der Intelligenz

sein unholdes Wesen treibt, ein Ende zu bereiten, dazu sollte meines Erachtens jeder nach Kräften beitragen, der nicht systematisch darauf ausgeht, unter den Parteigenossen eine Saat des Mißtrauens auszustreuen, die — wenn sie so weiter wuchert wie bisher — es schließlich ganz unmöglich machen muß, daß Parteigenossen überhaupt noch zusammenarbeiten.

Schon darum halte ich es für geboten, aus der alten Zurückhaltung offen hervorzutreten.

Ich mache mir dabei nicht an, die Gegner des Standpunktes, welchen die Majorität der Berliner Arbeiter einnimmt, sammt und sonders auf unsere Seite herüberziehen zu wollen. Wie überall, wo vielerlei Gründe „für“ und „gegen“ sorgsam widereinander abzuwägen sind, so beeinflußt auch hier schließlich das thatkräftigere oder phlegmatischere Temperament, die ganze Lebenslage und die dadurch erzeugte größere oder geringere persönliche Verbitterung das Züngeln der Waage ganz beträchtlich. Aber wenn eine noch so gründliche Erörterung (auch niemals alle Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen vermag, so kann sie doch die Uebereinstimmung wesentlich fördern und stärken — und vor allen Dingen: sie wird mit vielen Vorurtheilen gründlich aufräumen, welche bisher die Gegensätze ganz unnütz verschärft und das Parteilieben ganz unverantwortlich vergiftet haben.

Soviel für heute über die Gründe, welche uns zur offenen Aussprache veranlassen, und über die Art, in welcher wir die Diskussion geführt sehen möchten. Und nun zur Sache selber.

I.

Auch bei der Erörterung unseres Gegenstandes muß man zunächst über die grundlegende Frage klar sein:

wählen wir, um in erster Linie durch unsere Vertreter einen mitbestimmenden Einfluß auf die Bourgeoisgesetzgebung und -verwaltung zu erzielen,

oder wählen wir, um vorzugsweise durch die Agitation vor der Wahl und durch das Vorgehen unserer Vertreter nach der Wahl die Massen zu schulen, über ihre Interessen aufzuklären und in Gegensatz zu den bürgerlichen Bestrebungen zu bringen?

Die Antwort darauf ist bereits durch das ganze bisherige Verhalten unserer Partei unzweideutig ertheilt worden.

Wenn für uns die Kommunalwahlen in erster Linie dazu da wären, gewisse bescheidene Forderungen durchzusetzen — und mehr wie bescheiden können unsere Forderungen bei dem beschränkten Machtbereich der preussischen Gemeinden niemals sein — dann, ja dann ist es überhaupt ein Fehler, selbständige Kandidaten aufzustellen. Dann wäre es viel zielführender, denjenigen bürgerlichen Kandidaten unsere Stimmen zuzusichern, die für Gewerkschiedsgerichte, Schulbäder, Sanitätswachen und sonstige Bedürfnisanstalten energisch einzutreten geloben. Diese könnten wir dann auf die Erfüllung dieses Versprechens verpflichten, widrigenfalls wir ihre Gegner zu unterstützen drohen. Was praktisch, an „positiven“ Erfolgen für uns erreichbar ist, würden wir auf diesem Wege viel rascher und leichter durchsetzen. Und wenn sich unsere bürgerlichen Kandidaten zu vielen Forderungen niemals zustimmend erklären können — so würden das eben Forderungen sein, die wir überhaupt, solange der gegenwärtige Zustand andauert, niemals durchzuführen vermöchten (denn unter dem Dreiklassenwahlsystem müssen wir stets eine winzige Minorität bleiben)*) d. h. also, es

*) Wir rufen den Lesern zum Beweise folgende Statistik aus unserem Protokoll in's Gedächtnis: Bei 392 741 Steuerzahlern der Einkommen- und Klassensteuer wies Berlin im Jahre 1883/84 weit über 200 000 wegen Armut steuerbefreiter Personen auf, von denen neun Zehntel über 20 Jahre alt sind. Diese neun Zehntel der ärmsten Klasse sind des Wahlrechtes überhaupt beraubt. Des Wahlrechtes gänzlich beraubt sind aber weiter die 144 313 Personen der ersten Klassensteuereuse. Und die win-

würde sich um Forderungen handeln, die in unser kommunales Programm überhaupt niemals Aufnahme finden dürften — wenn, nun wenn man eben lediglich auf sogenannte praktische Erfolge sieht. Dann dürfen wir folgerichtig nur Forderungen aufstellen, welche die stets maßgebende Bourgeoismehrheit zu bewilligen vermag und dann wäre es, wie gesagt, viel einfacher und ersprießlicher, bürgerlichen Kandidaten unsere Stimmen zu geben und sie dafür auf unsere Forderungen zu verpflichten.

Man braucht, wie uns scheint, diesen Standpunkt gar nicht erst zu kritisieren; er ist mit der Hervorhebung seiner Konsequenzen bereits abgethan.

Somit bliebe der zweite Standpunkt der allein richtige und maßgebende: wir wählen, um die Massen für sozialistische Ideen zu gewinnen, um sie sozialistisch aufzuklären; und die Frage: sollen wir uns an den Kommunalwahlen betheiligen? deckt sich hiernach mit der anderen Frage:

ist die Kommunalwahlbewegung in Berlin und die Thätigkeit im rothen Hause geeignet, die sozialistische Propaganda unter den Massen zu fördern?

Und darauf antworten wir: Nein! und darum sind wir Gegner der Theilnahme an den Kommunalwahlen, wie sie sich in Berlin gestaltet haben. Wir würden für die Wahlbetheiligung sein, wenn sie dazu dienen könnte, wirklich sozialistische Ziele zu fördern, wir sind Gegner der Kommunalwahlen,

weil wir ein kommunales sozialistisches Programm überhaupt nicht haben.

Denn was sich heute dafür ausgiebt, kann auch nicht in einem einzigen Punkte auf die Bezeichnung „sozialistisch“ Anspruch machen.

II.

Das Programm, auf welches sich bisher die kommunale Agitation stützte, zerfällt in drei Theile.

Der erste ist der harmlose und er ist entschieden der beste. So unterliegt es gar keinem Zweifel, daß unsere Krankenhäuser manches zu wünschen übrig lassen, daß die Sanitätswachen nicht ausreichen, und daß öftere kalte Drausen unserer lieben Schuljugend gar nichts schaden können. Darüber kann schließlich Uebereinstimmung herrschen, „soweit die deutsche Zunge klingt“, also auch unter Besitzenden und Nichtbesitzenden. Aber gerade darum sind das Reformen, die mit einer Bewegung, welche die heutigen Klassengegensätze zum Bewußtsein des Volkes bringen will, d. h. mit dem Sozialismus, gar nichts zu thun haben; gerade darum sind das Reformen, die auf anderem Wege viel rascher und mit einem viel geringeren Aufwand von Arbeit gefördert werden könnten, z. B. durch die Presse, die in der That für Volksschulbäder, Sanitätswachen, Straßenverbesserungen, Gesundheitspflege hundertmal mehr gethan hat, als das ganze Berliner Stadtverordnetenkollegium zusammen, das hier schließlich doch nur tanzt, wie die sogenannte öffentliche Meinung pfeift. Darauf legen wir jedoch weiter keinen Werth. Jedenfalls, denken wir, wird man uns zugeben, daß hier von sozialistischen Forderungen auch nicht entfernt die Rede sein kann, daß mithin durch ein Vorgehen in dieser Richtung sozialistische Ziele auch nicht im Geringsten gefördert werden.

Ja, man wird weiter zugestehen müssen, daß die gesellschaftliche Betonung solcher, rein humaner Ziele sogar die Gefahr einschließt, das konsequente sozialistische Denken der Massen nicht vorwärts, sondern rückwärts zu entwickeln.

Nur zwei Beispiele zur Erläuterung!

Wir stellen uns der reichsgefesenen Regelung des Krankenversorgungsweises gegenüber vorwiegend auf

zwei Minorität, die dann noch übrig bleibt, wählt nicht unter den gleichen Voraussetzungen wie unsere Gegner, die Mann für Mann an die Wahlurne treten dürfen. Vielmehr sind von vornherein zwei Drittel der Stimm für die bestehenden Klassen reservirt, und erst in der dritten Klasse dürfen die paar Wahlberechtigten unserer Partei ihre Stimme erheben.“

den ablehnenden und kritischen Standpunkt, und das mit vollem Rechte. Wir halten es hier vor allem anderem für unsere Aufgabe, immer und immer wieder den Massen beizubringen, daß das alles nichts ist, daß uns diese ganze Frage sehr wenig kümmert und daß uns ganz andere Ziele vorstehen, denen wir, weder nach rechts noch nach links blickend, nachstreben. Aber andererseits, indem wir auf kommunalem Gebiete für Sanitätswesen, Badeanstalten und Krankenhäuser agitieren, agitieren mit der ganzen Lebhaftigkeit, die uns von jeher ausgezeichnet hat; indem wir hier den anderen Parteien im Wahlkampf Vernachlässigung aller dieser „folgerichtig“ mit einem Male zu großer Wichtigkeit aufgebauten Einrichtungen zum bittersten Vorwurf machen, kommen wir nothgedrungen dazu, uns zu stellen, als ob es sich hier wirklich um bedeutsame Dinge für die Arbeitersache handle. Wo bleibt hier die Konsequenz? Und welcher Standpunkt ist der richtige? Der ablehnende, welcher selbst mit der Reichssozialreform nichts zu thun haben will, obwohl sie doch ein Niesenwerk ist gegen die Zwergreformen, welche städtische Verwaltungen in Preußen treffen können — oder ist der versöhnliche und harmlose Standpunkt etwa der Fortgeschrittenere, welcher die unbedeutendste kommunale Fiklarbeit nicht nur nicht als unwirksam verwirft und kritisiert, sondern sie sogar mit einem gewissen Enthusiasmus selber verrichtet? Ist letzteres der Fall, dann ist unsere ganze bisherige Thätigkeit im Reichstage ein einziger großer Irrthum gewesen.

Ein anderes Beispiel, das eng damit zusammenhängt! Die Reichsregierung betrachtet es als ihre Aufgabe, die Armenpflege dahin zu reformieren, daß an Stelle des Almofens seitens der Gemeinde der Anspruch auf eine Rente seitens der Krankenkasse oder der Berufsgenossenschaft tritt. Wir haben uns, wie gesagt, hierzu im Reichstage ganz kühl verhalten und immer nur betont, daß unsere Wünsche viel weitergehender sind. Kommen wir aber von der Leipziger Straße ins Nothe Haus, dann wird auf einmal dieselbe Angelegenheit von uns mit einer Wichtigkeit behandelt, als ob unsere Partei sogar das Ausfließen der alten Art des Almofengebens — denn darüber kann wohl die Reichsregierung aber nicht die städtische Armenpflege aus sich selber hinauskommen — als eine ihrer schönsten Aufgaben betrachte. Ist das richtig, dann ist es die höchste Zeit, unsere Taktik im Reichstage zu ändern! Ist letztere aber zutreffend, dann halten wir es für geboten, daß der Rückbildung unserer Bewegung durch die Harmlosigkeiten der kommunalen Agitation energisch Halt geboten wird! Wo die Reichstagsfähigkeit die Gegensätze proletarischer und bürgerlicher Reformen scharf und richtig hervorgehoben und zum Bewußtsein der Massen gebracht hat, da soll die Betheiligung an der Stadtverwaltung die Gegensätze nicht wieder verwässern und als nicht vorhanden betrachten. Letzteres muß sie thun, wenn sie sich überhaupt innerhalb des engen und beengenden Kreises der Machtbefugnisse der preussischen Gemeinden halten will.

Aus allen diesen Gründen legen wir dem ersten Theile des kommunalen Programms, soweit wir ihn nicht für geradezu irreführend halten, gar keinen Werth bei.

Ueber den zweiten Theil können wir kurz sein, weil über ihn im Stadtverordnetenkollegium überhaupt nicht geredet werden darf, was ihm natürlich jegliche Bedeutung nach außen hin nimmt. Es ist bekannt, daß die Regierung es kurzer Hand verbieten konnte, über die Vermehrung der Reichstagswahlkreise in Berlin zu sprechen — mit der Begründung, daß dies lediglich die Reichsregierung und den Reichstag angeht, die Kommune daher ihre Kompetenz überschreite, wenn sie über solche Fragen auch nur verhandelt! Ebenso würde es Herr v. Buttler — und heutzutage ebenso jede andere Regierung — nicht dulden, daß im Rathhaus die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems bei Kommunalwahlen erörtert würde — das ist wieder Sache der preussischen Städteordnung und damit des preussischen Landtages. Solche Forderungen figurieren wohl auch nur deshalb noch in unserem kommunalen Programm, weil doch irgend etwas darin stehen muß.

Den letzten dritten Theil des kommunalen Programms, wie es bisher unserer Agitation zu Grunde lag, bilden endlich Forderungen, über deren mögliche Verwirklichung und Folgen man sich so unhaltbaren Einbildungen hingiebt, daß durch die übliche Art ihrer Vertretung das klare Denken der Massen nur getrübt, ihr Handeln von viel nothwendigeren Schritten nur abgelenkt werden kann. Wir denken hierbei an folgende Punkte: Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter — Verwandlung der Pferdebahnen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke in städtische Unternehmungen — Abschaffung der Miethsteuer und ähnliches.

Die Frage, inwieweit ein paar Arbeitervertreter — „sozialdemokratische“ Stadtverordnete kann man, wie bemerkt, kaum sagen — Einfluß auf die Höhe der Löhne ausüben können, ist zweifellos von großem Interesse und da hier die sonderbarsten Anschauungen zuweilen aufstehen, so behalten wir uns vor, dieser Frage einen eigenen Artikel zu widmen. Einstweilen mögen folgende Bemerkungen genügen. Ein Kapitalistenkonsortium, wie es die Gemeindevvertretung unter dem Dreiklassensystem sein und bleiben muß, wird niemals die Löhne bei städtischen Arbeiten über das allgemeine Durchschnittsniveau emporheben. Dieses Niveau wird aber bestimmt, nicht durch den guten Willen dieses oder jenes Individuums, mag es nun Unternehmer oder Stadtvertreter sein, sondern durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, d. h. also, soweit die Gesetzgebung und Verwal-

tung überhaupt in Frage kommt: auf seiten der Arbeiter durch die Gestaltung des Koalitionsrechtes. Wer hier etwas bessern will, der ist sehr schlecht berathen, wenn er ins Rathhaus geht, um den Ausbeutern, die dort sitzen, in's Gewissen zu reden; er möge gegen die heutige Unfreiheit und Vernichtung der Arbeiterorganisationen ankämpfen, Fachvereine und Lohnkommissionen gründen — dazu ist aber keine Gelegenheit im Nothen Hause. An diesem Orte durch einige versprengte Vertreter Erfolge erzielen zu wollen, ist ebenso verfehlt, als wenn man glauben würde, man könne die Zustände in Privatunternehmungen bessern, wenn man hier einen arbeiterfreundlichen Kompagnon und dort einen humanen Werkführer einschmuggelt. Wie würde man über denjenigen lächeln, der einen derartigen Einfall zu einem Programmpunkt erheben und in der Agitation eine große Rolle spielen lassen wollte! Warum bildet es denn nicht einen Mittelpunkt der Reichstagsagitation, daß wir den Arbeitern die frohe Botschaft verkünden, man werde durch unsere Fraktion die Löhne der hunderttausende (mittelbar oder unmittelbar) im Dienste des Reiches stehenden Arbeiter maßgebend bestimmen? Doch wohl, weil man sich sagt: selbst wenn einige minimale Verbesserungen hier erzielt werden könnten, so wiegt dies gar nicht die schädlichen Folgen einer Agitation auf, die in den Arbeitern die Vorstellung großzöge: einzelne Unternehmer und einzelne Kommunen und Regiebetriebe könnten für (alle oder einige) Arbeiter den Wohlstand machen, der in Folge eines ganzen, verfehlten Wirtschaftssystems so dürrig und trocken ausgefallen ist.

In ähnlicher Weise ist auch die Vorstellung zu bekämpfen: die Uebernahme der Pferdebahnen und Lichtversorgungsanstalten in städtischen Betrieb habe irgendwelche Bedeutung für die Arbeiter oder trage gar irgendwelchen „sozialistischen“ Charakter. Wäre das der Fall, dann hätten wir auch im Reichstage für Tabaks- und Branntweinmonopol eintreten müssen. Denn wenn man geltend macht, die Ueberschüsse der städtischen Anstalten würden die Steuerzahler entlasten, so trifft dies ebenso für die staatlichen Monopole zu: durch ihre Nichtbewilligung sind nicht etwa die Ausgaben für Militär und Marine geringer geworden, der „Reichsbürger“ hat nur aus anderen Steuern zu decken, was sonst aus den Ueberschüssen der staatlichen Regie gedeckt worden wäre; diese anderen Steuern hätten sonst in Wegfall kommen können — genau wie in der städtischen Verwaltung. Und ebenso wenig wie reaktionären Staatsregierungen haben wir irgendwelchen Grund, freisinnigen Stadtverwaltungen neue Ausbeutungsobjekte auf dem Präsentirteller entgegen zu bringen: wir würden damit nur Schüsseln füllen, aus denen wir nicht — und unter dem Dreiklassenwahlsystem niemals — mitessen dürfen. Dafür mögen sich andere begeistern, wir sind dazu nicht im Stande!*)

Und endlich die Abschaffung der Miethsteuer! Jedem Einsichtigen muß allerdings klar sein, daß es wohl möglich ist, daß die Miethsteuer einmal abgeschafft wird — die Forderung steht bekanntlich auch auf konservativen Programmen und erfreut sich der besonderen Unterstützung des Fürsten Bismarck. Aber das würde nur dann geschehen, wenn dem Reiche aus den indirekten Steuern eine so gewaltige Einnahme zuströme, daß die Einzelstaaten große Ueberweisungen an die Kommune vornehmen könnten. Dann wäre die Miethsteuer allerdings erloschen, aber durch noch schlimmere Steuern; denn die Miethsteuer trifft Arm und Reich doch immer noch nicht gleich, während dies die Lebensmittelsölle und die Steuern auf nothwendige Konsumartikel allerdings thun. Oder ist man naiv genug, zu glauben, die Unternehmernmajorität in der Stadtverwaltung werde die Miethsteuer durch einen Zuschlag auf die großen Einkommen ersetzen?

Wir haben den uns zugemessenen Raum bereits überschritten und wollen für heute schließen. Wir glauben aber gezeigt zu haben, daß für uns als „sozialistische“ Partei, d. h. als Klassenorganisation, gar kein Grund vorliegt, uns für Kommunalwahlen zu erwärmen.

Wir haben nunmehr nur noch zu zeigen, daß im Gegensatz hierzu der Wahlprotest große Vortheile bietet; und alsdann noch mit einigen Worten zu berühren, inwiefern diese Taktik wirklich auf „Neuheit“ Anspruch erheben darf, und wie sie sich mit den Beschlüssen des St. Gallener Kongresses verträgt.

Jedenfalls werden unsere Leser schon jetzt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß man weder ein „Verschwörer“, noch ein „Stöderianer“ zu sein braucht, um den oben entwickelten Standpunkt einzunehmen.

Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung.

II.

y. Nicht nur das Entstehen der Arbeiterbewegung, sondern auch ihr weiterer Verlauf, ihre Ausdehnung und

*) Diesen Ausführungen widerspricht es natürlich durchaus nicht, daß wir nichts dagegen haben, wenn die Pferdebahnen wirklich kommunalisiert werden, wie wir auch damit ganz einverstanden sind, daß das Staatsbahnsystem die Privatbahnen verdrängt hat. Aber verkehrt wäre es, wenn wir diese Fortschritte als Erfolge unserer Partei, als Errungenschaften für die Arbeiterklasse behandeln und ihre Erreichung als wichtiges Ziel unserer Bewegung hinstellen wollten. Lediglich diese Bewegung — als Klassenorganisation — hat aber unsere Agitation zu fördern. Will sie auf kommunalem Gebiete darauf verzichten, je nun, dann ist es viel richtiger, gar nicht als „sozialistische Arbeiterpartei“ aufzutreten, sondern ein Programm aufzustellen, das jeder humane und nicht ganz beschränkte Kleinbürger unterschreiben kann.

Bertiefung ist an sozialpolitische Bedingungen geknüpft und wird von ganz bestimmten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise gelenkt. Die derzeitige Entwicklung der Industrie und die damit verbundene Lebenshaltung der Arbeiterklasse sind für die Grenzen einer praktischen Agitation von maßgebender Bedeutung.

Es ist eine Täuschung, der man in sozialdemokratischen Kreisen nicht weniger als in den herrschenden Klassen begegnet, wenn man glaubt, die Entwicklung der Arbeiterbewegung werde nur durch die Agitation herbeigeführt; je freier und fesselloser diese sich entfalte, um so leichter dringe der Morgenruf der neuen Zeit in die Ohren der Millionen Schläfer und schwellt die Masse der Unzufriedenen an. Es ist dies jener Irrthum, welcher seit den Zeiten der großen sozialistischen Utopisten als Gespenst einer verstorbenen Weltanschauung noch immer umgeht, daß große Volksbewegungen beliebig durch das mächtig rollende Wort der Volks-Tribunen erzeugt werden können. Die Wellen selbst der hochgehendsten Agitation brechen sich an der festen Mauer der sozialpolitischen Entwicklung. Ueber diese hinweg können sie nie und nimmer steigen.

Die materialistische Geschichtsauffassung, welche lehrt, daß das Denken und Fühlen des Menschen von den Gesellschafts- und Klassenverhältnissen abhängig ist, in denen sie leben, giebt für die Beantwortung der Frage, in wie weit die praktische Agitation und in wie weit die Entwicklung der Produktionskräfte zur Verstärkung der Armee der Unzufriedenen und zur Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze beitragen, einen deutlichen Fingerzeig. Die sozialistische Agitation kann nur in der Richtung vorwärtsschreiten, in welcher ihr der Boden durch die gesellschaftliche Bewegung geebnet ist. Die Köpfe der Menschen sind nicht jeder logischen und wahren Idee zugänglich. Wie jeder Boden, jedes Land durch das Zusammenwirken von Luft, Temperatur und Bodenbeschaffenheit nur ganz bestimmten Produkten ein üppiges Gedeihen ermöglicht, anderen jedoch nur ein ganz ärmliches Dasein gewährt, so geht es auch mit den Köpfen der Menschen. Das Zusammenwirken von geistigen Klaffenströmungen und wirklichen Klasseninteressen macht die Köpfe jeder Klasse, ja häufig jeder Berufsart mehr oder weniger empfänglich für die Ideen eines kräftigen Fortschrittes im Sinne und zum Nutzen der Unterdrückten. Alle Klasseninteressen und Klassenbeschäftigungen vergeistigen sich in den Köpfen der Klassen. Die Klasse der Großgrundbesitzer, deren Lebensinteressen in der vergangenen Geschichtsperiode des Mittelalters am kräftigsten vertreten waren, bietet das geeignetste Feld für die wühesten reaktionären Träumereien. Die Klasse der Besitzer des mobilen Kapitals findet ihr Interesse am besten befriedigt in den Schwankungen der Produktion und Konsumtion, des nationalen und des Weltmarktes. Sie wird naturgemäß allen Bestrebungen frampfhast Widerstand leisten, welche an Stelle der Anarchie die Ordnung, an Stelle des Privateigentums an Produktionsinstrumenten und Grund und Boden, das Gesellschaftseigentum, an Stelle der freien Konkurrenz die planmäßig betriebene Produktion setzen will, mögen diese Bestrebungen von oben als „Staatssozialismus“ oder von unten als Sozialdemokratie kommen. Die Klasse der Industriekapitalisten findet ihr Interesse am thätigsten vertreten in möglichst freier Ausbeutung der Arbeiterklasse, in der Verlängerung des Arbeitstages, in der Widerstandsschwäche der Arbeiterklasse. Es ist also nicht wunderbar, daß die Klasse der Industriekapitalisten alle Bemühungen, die Solidarität, das Klassenbewußtsein, die Aufrüstung der Arbeitermassen zu ersticken, mit jubelnder „Staatsmännigkeit“ begrüßt. Die Klasse des selbstständigen Kleinhandwerkertums, welche Tag für Tag einen aussichtslosen Kampf mit der Maschine kämpft, denkt naturgemäß mit stiller Sehnsucht an jene Zeiten zurück, da dieser übermächtige Konkurrent, der Dampf, noch ungefahrt im Schoße der Mutter Natur ruhte, und der Staat durch Gesetze in die Produktion eingriff, an die Zeit, da das Handwerk noch „einen goldenen Boden“ hatte. Das „Kleinbürgerthum“ fühlt instinktiv, daß die Maschine der Todschläger seiner Klassenwohlfahrt ist, und darum wendet es sich mit seiner zähesten Kraft gegen die Wortführer der Industriepoche, gegen den Liberalismus, welcher die Maschinen in speziellen Interesse der kapitalistischen Klasse, und gegen die Sozialdemokratie, welche die Maschinen im Interesse des gesammten Volkes ausgebeutet wissen will.

Wir sehen, alle Klassen und Stände sind durch ihr eigenes Interesse, bei Gefahr des Klassenelbstmordes, gezwungen, reaktionär oder konservativ sein, nur die Arbeiterklasse steht der Vergangenheit mit abgewandtem Blick, der Gegenwart mit kritischem Ernst, der Zukunft mit freudigem Siegesbewußtsein gegenüber.

Kann also die Sozialdemokratie mit voller Kenntnis der sozialpolitischen Situation sich dem Wahne hingeben, als bedürfte es nur des Sirenengejanges der Freiheitsideen und der mächtig wirkenden Persönlichkeit eines Tribünen, um die gegnerischen Klassen zu bezimern? Nie und nimmermehr! Die Sozialdemokratie darf nicht vergessen, daß noch niemals eine Klasse als solche auch nur für eine einzige Idee mit Ernst und Begeisterung eingetreten ist, welche ihrem Lebensprinzip feindlich war. Einzelnen Männern dürfte es wohl gelingen, eine Geisteshöhe zu erklimmen, welche über das Niveau des Klaffengedankens und Klaffengefühls hinwegschaut. Aber nur wenige! Und dieses mit gutem Grund! Denn die Interessen der Klassen spiegeln sich in den Köpfen der unter ihrem Banne stehenden Menschen nicht als das wieder, was sie eigentlich sind, als zeitlich entstandene nur einem verhältnismäßig kleinen Volkstheile dienende Interessen. Wie unendlich kleine

Bilder, deren Strahlen durch starke Concavgläser hindurchgehen, dem menschlichen Auge eine fast unbegrenzte Größe darbieten, so erlangen die Quodestinteressen einer Klasse, sobald sie der Gedankenwelt der Interessenten näher gerückt sind, in den Köpfen der meisten derselben eine Bedeutung, welche scheinbar über den engen Kreis hinwegschreitet und, unabhängig von der Zeit, das Gedeihen des ganzen Volkes umfassen soll. Diese Klassen als solche sind also für die sozialdemokratische Agitation nur insofern von Bedeutung, als mit ihrer Hilfe die Ketten geschmiedet werden, mit denen man die kraftstrotzenden Glieder des tiefen Arbeiterbewegung zu lähmen gedenkt. Eine ganze Klasse von ihrem eigenen, geistigen Lebensinhalt anstreifen zu können, ist die Hoffnung gefühllosiger Schwärmer, und nicht realistisch denkender Politiker.

Hier wäre für die sozialdemokratische Agitation also bereits eine Grenze gezogen. Ueber dieselbe werden die Wogen der Agitation niemals mit nennenswertem Erfolge hinüberschlagen.

Ed. Vaillant und der Pariser Gemeinderath.

I.

Das französische Proletariat fing kaum an, nach der Kommune die ersten Lebenszeichen in einer Gewerkschaftsbewegung zu äußern, als es auch schon im Gegensatz zur Arbeiterschaft Englands mit politischen Forderungen hervortrat.

Im Bewußtsein seines Gegensatzes als Klasse zu den übrigen Klassen des Staates verlangte es eine eigene selbständige Vertretung im Parlament und in allen öffentlichen Körperschaften. Dabei betonte es ganz entschieden, daß diese Vertretung nicht etwa Ziel einer Arbeiterbewegung sein könne, aber daß sie eine treffliche Waffe sei, die ausgenutzt werden müsse.

Bei der großen Zersplitterung der sozialdemokratischen Kräfte Frankreichs und bei der kostspieligen Wahlkampagne auf Grund des Listenkriteriums ist es bis heute noch nicht möglich gewesen, einen eigentlichen Repräsentanten des organisierten Proletariats in die Kammer zu senden, und dadurch den Bruch mit den gesamtbürgerlichen Parteien auch äußerlich zu zeigen. Obgleich die sogenannten Arbeiterdeputirten Basly, Camélinat, Boyer, die Interessen der Arbeiterschaft im Allgemeinen vertreten, so ist doch ihre Anwesenheit in der Kammer nicht der Ausdruck des französischen Proletariats, als unabhängiger, politischer Partei, da sie sämtlich auf radikalen Listen gewählt worden sind.

Dagegen ist es einzelnen Fraktionen der Sozialisten gelungen, mittels des Geschickes der Stimmzettel die kommunalen Körperschaften zu stürmen und in die Gemeinderäthe vieler Provinzialorte, sowie vor Allen von Paris, ihre Vertreter zu entsenden. Im Pariser Conseil municipal sind die Sozialisten durch 10 Stadtrathmitglieder vertreten und gewinnen mehr und mehr Einfluß auf die Beschlüsse der Körperschaft, die ihrer Mehrzahl nach aus radikalen „Autonomisten“ besteht, d. h. aus bürgerlichen Demokraten, welche die vollständige Selbstständigkeit der Pariser Gemeinderwaltung, ihre Unabhängigkeit von Regierung und Parlament erstreben — natürlich zu Gunsten eines radikaleren Vorgehens auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Der bedeutendste Repräsentant des Sozialismus im Stadthaus ist unbestritten Vaillant, dem seine aufopfernde und selbstlose Thätigkeit, sein gründliches Wissen und seine prinzipiell korrekte Haltung zu einem der ersten und wichtigsten Vorkämpfer des Sozialismus in Frankreich überhaupt machen.

Eduard Vaillant ist 1840 zu Bierzon im Departement Cher geboren. Nachdem er seine Vorstudien im College St. Barbe beendet, trat er in die Zentralschule für Kunst und Gewerbe ein und verließ dieselbe 1862 mit dem Diplom als Ingenieur. Die programmäßig vollendeten Studien sicherten ihm wohl eine Lebensstellung, befriedigten aber keineswegs den heißen Wissensdrang, der ihn besetzte, und so setzte er seine „Lehrjahre“ in einer anderen Richtung fort. Er hörte Vorlesungen an der Sorbonne, ergriff das Studium der Medizin und arbeitete in dem chemischen Laboratorium des Museums für Naturgeschichte. Seine vielseitigen wissenschaftlichen Beschäftigungen hinderten ihn aber keineswegs, in voller Berührung mit dem politischen Leben zu stehen, das damals anfang, den schweren Druck des napoleonischen Jökereuthums abzuschütteln. Vaillant, der zu den eifrigsten und treuesten Anhängern des „Alten“ (d. h. Blanqui's) zählte, nahm thätigen Antheil an der Agitation gegen das Kaiserreich, die anfangs geheim war, sich aber bald zu einem offenen Kampfe gestaltete. Schon damals unterschieden sich Vaillant's Ziele streng von den kleinlichen Idealen der liberalen Oppositionsmänner. Was er dem Empire (Kaiserthum) entgegen sehen wollte, war nicht die blaue, sondern die rothe Republik. 1866 ging er nach Deutschland, um seine medizinischen Studien daselbst fortzusetzen. Er studirte nach einander in Heidelberg, Tübingen, Wien und abermals in Tübingen, bis ihn der Krieg zur Rückkehr nach Frankreich zwang. Während seines vierjährigen Aufenthalts an deutschen Universitäten hatte er nicht nur den Gang der Ereignisse im Vaterland mit regster Theilnahme verfolgt, sondern er hatte sich auch mit der Arbeiterbewegung in Deutschland bekannt gemacht. Besonders in Wien war er in Berührung mit den damaligen Führern der dortigen Bewegung getreten und hatte direkt und indirekt den Einfluß des „deutschen Sozialismus“ erfahren. Diesem Umstand ist es wohl

mit zuzuschreiben, daß er weitsichtiger als die meisten Blanquisten, welche die ökonomischen Fragen unterschätzten, die Bedeutung der letzteren erkannte und sich mit großem Ernst dem Studium ökonomischer Werke zuwandte. Dadurch legte er den Grund zu jener großen Klarheit und zu der richtigen Auffassung der Verhältnisse, welche er später stets im sozialen Kampfe bethätigte.

Gerade am Tage von Sedan traf er über die Schweiz in Paris ein, wo er sofort mit den Freunden in Verbindung trat, mit denen er etliche Jahre zuvor eine energische Agitation unterhalten und dazu beigetragen hatte, daß die Niederlage von Sedan mit der Niederlage des Empire's gleichbedeutend ward. In richtiger Werthschätzung dessen, was von den Männern des 4. September und ihrer Austerrepublik zu erwarten war, schloß sich Vaillant noch fester an die sozialistische Partei an und trug thätig zu der Gründung des „Zentralkomitees der 20 Arrondissements“ bei, welches während der Belagerung die Reaktion in Schach hielt und mehr als einmal zittern machte. An dieses Komitee, zu dessen klarsten und energischsten Mitgliedern Vaillant zählte, knüpfte sich bekanntlich der Ursprung der Kommune, die in der öffentlichen Meinung besonders durch die Vorkommnisse vom 8. Oktober, 31. Oktober und 22. Januar vorbereitet war. In den Ereignissen des letztgenannten Tages hatte in erster Linie ein Komitee den Anstoß gegeben, zu dessen fünf Mitgliedern neben Tridon auch Vaillant gehörte.

Das „Zentralkomitee der 20 Arrondissements“ sendete darauf Vaillant als Delegirten zu der Nationalversammlung von Bordeaux, da er sich aber von der Unmöglichkeit überzeugte, irgend Etwas auszurichten, um die Abtretung von Elsass-Lothringen zu verhindern, so begab er sich nach seinem Heimathdepartement Cher, welches er durch lebhafteste Agitation auf die Ereignisse vorzubereiten suchte, die sich in Paris abspielen sollten.

Die Proklamirung der Kommune führte ihn bald nach Paris zurück, wo er mit Arnaud zusammen als Delegirter in das Ministerium des Innern gewählt ward. Während der Kommune entfaltete er in verschiedenen Vertrauensstellungen, die er bekleidete und in den Komitees, denen er angehörte, eine unglaublich rege Thätigkeit, die sich in den letzten Tagen des Kampfes fieberhaft steigerte. Vaillant besand sich unter dem Hüßlein derer, die erst vor der vollzogenen Thatsache der Niederlage die Waffen streckten und erst anfangen, an Sicherung der eigenen Person zu denken, als kein Gedanke an Widerstand mehr aufkommen konnte. Von den Versaillern umstellt, fand er am 27. Mai in einem Hause ein Versteck, von dem aus er am nächsten Morgen eine sichere Zuflucht suchen konnte. Erst Ende Juni erhielt er einen Paß, der ihm erlaubte, in Gesellschaft eines Freundes, der von den Pyrenäen gekommen, um ihn zu geleiten, die spanische Grenze zu erreichen und über Spanien und Portugal nach England zu gehen.

In London wurde er Mitglied des Generalrathes der Internationale, dem er bis zum Kongreß von Haag angehörte. Er stand nicht nur dem Treiben Bakunins und seiner Anhänger, deren anarchische Tendenzen nicht nur seiner Auffassung über den Gang der Entwicklung und die Gestaltung der Verhältnisse widersprachen, scharf gegenüber, sondern auch der blanquistischen Theorie über die Wichtigkeit einer Organisation mit starker Centralgewalt. Vaillant war außerdem Mitglied des „Clubs der Emigranten“ und der „Commune révolutionnaire“, welche die in London lebenden Blanquisten gegründet hatten, und die 1874 ein Manifest „zur Commune“ veröffentlichte, in dem die Grundsätze der Partei entwickelt waren. Die „Commune révolutionnaire“ suchte noch durch verschiedene weitere Veröffentlichungen, so z. B. über die „Gewerkschaften und ihre Kongresse“ die sozialdemokratische Agitation wach zu halten und das französische Proletariat, welches durch den Druck von oben und den Schrecken von unten wie gelähmt schien, zu neuem Leben empor zu rütteln. Die Mitglieder dieses Clubs gründeten bei ihrer Rückkehr nach Frankreich das „revolutionäre Zentralkomitee“, welches der Mittelpunkt der blanquistischen Partei und ein schätzenswerther Kampfgenosse der Sozialisten ist.

Durch die Verhältnisse zu einem Broderwerb gezwungen, erwarb Vaillant das Diplom als englischer Arzt und praktizirte, bis ihm die Amnestie von 1880 erlaubte, London den Rücken zu kehren. Er verbrachte zunächst einige Zeit in Bierzon und suchte in dem Departement des Cher eine sozialistische Organisation zu schaffen, welche er später durch zeitweiligen Aufenthalt nach befestigte. Das Departement Cher gehört zu den Industriezentren Frankreichs, in denen der Kampf zwischen Kapital und Arbeit beständig in Streik auslodert. Wenn sich die dortigen Arbeiter bis jetzt stets müßiggiltig gehalten haben, und der Sozialismus unter ihnen so feste Wurzel geschlagen hat, daß sie in den „Conseil municipal“ (die Stadtvertretung) von Bierzon ihre eigene Vertretung entsenden konnten, so ist dies nicht zum mindesten das Verdienst Vaillant's.

Seit seiner Rückkehr hat er fast beständig in Paris gelebt und innerhalb des „revolutionären Zentralkomitees“, im Allgemeinen aber im Bunde mit den Sozialisten überhaupt, eine ebenso energische als einflussreiche Wirksamkeit entwickelt.

Vaillant's Einfluß ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß die Blanquisten, welche ursprünglich nur den politischen Fragen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, auch die ökonomische Entwicklung in den Bereich ihres Studiums und ihrer Thätigkeit zogen und nach und nach auf einem prinzipiellen Standpunkte angelangt sind, der, abgerechnet ihre Auffassung über Rathsamkeit von Revolutionen und die ausschlaggebende Bedeutung der revolutionären „Cabres“,

sich fast kaum von dem der Sozialisten unterscheidet. Vaillant gebührt auch das Verdienst, eine Annäherung verschiedener Fraktionen der Sozialisten bewirkt zu haben. Sein aufklärendes und versöhnendes Wirken, das stets die Nothwendigkeit einer Sammlung und Vereinigung aller revolutionären Kräfte betonte, hat mächtig dazu beigetragen, daß sich in den letzten Jahren thatsächlich eine derartige Konzentration zwischen Blanquisten, unabhängigen Sozialisten und Kollektivistin in der „Union socialiste“ vollzogen hat. Bei allen gebotenen Gelegenheiten tritt die „Union“ mit einheitlichem Vorgehen, als geschlossene Masse der Bourgeoisie gegenüber, und es fehlt nur noch der Hinzutritt der possibilistischen Fraktion, um die Sammlung aller sozialistischen Kräfte zu einer vollständigen zu machen.

Die Energie und Opferfreudigkeit, welche Vaillant im Dienste der Sache entfaltete, bezeichneten ihn schon längst für einen Vertrauensposten der Massenbewußten Arbeiterschaft. So ward er 1884 im Viertel des Père-Lachaise als Kandidat für den Conseil municipal aufgestellt und mit großer Majorität gewählt. Seine konsequente Haltung im Stadtrath, sein unermüdeliches Eintreten für die Interessen der Proletarier haben ihm das Vertrauen und die Sympathie seiner Wähler in so hohem Grade erworben, daß bei den letzten Wahlen von 1887 für die gleiche Körperschaft keine einzige Partei wagte, ihm einen Gegenkandidaten entgegen zu stellen.

Ohne Uebertreibung kann man wohl sagen, daß sämtliche wahrhaft arbeiterfreundlichen Maßregeln, welche der Stadtrath seit 1884 erlassen, auf Vaillant's Initiative und sein energisches und konsequentes Eintreten zurückzuführen ist.

Staat, Kirche und Schule.

Zu österreichischen Parlament hielt der Abgeordnete Dr. Kronawetter neulich eine Rede über das Verhältniß von Kirche, Staat und Schule, aus der wir Folgendes hervorheben: „Ein Blick in das kanonische Recht lehrt den obersten Grundsatz, daß für Kultuszwecke keine zwangsweise, sondern nur eine freiwillige Besteuerung der Konfessions-Genossen Platz greifen darf, und ich erkläre eine Konfession, die über 20 Millionen Angehörige (wie die katholische) zählt, muß so viel Begeisterung unter diesen Angehörigen für ihre Zwecke finden, daß sie die paar Gulden leicht durch freiwillige Beiträge aufzubringen im Stande ist.“

„Die Bevölkerung hat ein Recht, für ihre idealen Zwecke sich selbst zu besteuern. Man sollte ihr dieses Recht auf keinem Gebiete des Lebens schmälern, man sollte ihr da nicht entgegen treten, und ich frage hier: wie viel Geld ist nicht von Arbeitern für Arbeiterschulen, für Arbeiterbildungs-Vereine und für ihre Presse freiwillig aufgebracht worden? Und die Leute zahlen gerne und wollten nur in Ruhe gelassen werden. Kaum ist aber eine Anstalt für Bildungszwecke auf diesem Wege errichtet worden, so hat die Regierung die Anstalt aufgelöst und alles konfisziert, was da war und trotz der proklamirten Heiligkeit des Eigenthumes keinen Kreuzer mehr zurückgegeben; es darf z. B. nicht einmal der Name der Spender zur Unterstützung der Familien Inhabitirter publicirt werden, sonder nur der Anfangsbuchstabe, weil sonst der Staatsanwalt gleich sagt: hier liegt eine geheime Verbindung vor und wer für solche Zwecke Geld hergiebt, ist Mitschuldiger und wird mit ein paar Monaten Arrestes bestraft.“

„Im Jahre 1872 sprach Hye das nordamerikanische Prinzip aus: Wollt Ihr den Religions-Unterricht, so kommt mit eigenen Mitteln dafür auf! Wenn nicht: Habeat sibi.“

„Und die Angehörigen der katholischen Kirche sind auch bereit, freiwillig die nothwendigen Mittel für ihre Kultuszwecke zu beschaffen. Der Brüsseler Courier“ giebt einige bemerkenswerthe Aufschlüsse über das Budget des Papstes. Danach betragen die dem Papste jährlich obliegenden Lasten 7 Millionen Franks. Diese Ausgaben deckt im Wesentlichen der Peterspfennig. Bis zum Jahre 1870 brachte der Peterspfennig durchschnittlich 7 117 000 Franks jährlich dem Papste ein; seitdem ist derselbe die einzige Einnahme des Papstes und hat in seinem Jahre unter 6 000 000 Franks ergeben. Bei dem jetzigen Papstjubiläum haben die Bischöfe für den Peterspfennig insgesamt als außerordentliche Spende 32 500 000 Franks dem Papste überreicht; außerdem hat die Messe dem Papste 3 000 000 Franks eingebracht, somit ist der päpstliche Schatz jetzt besser gestellt. Für die Bedürfnisse der Mission dient dem Papste das 1882 in Lyon gestiftete „Werk zur Verbreitung des Glaubens“; es hat bis heute 220 000 000 Franks eingebracht, die für Missionszwecke verwendet worden sind. Im Jahre 1887 sind für dieses Werk 6 648 000 Franks eingegangen, wobei mit Bedauern hervorgehoben wird, daß Deutschland nur 409 000 Franks und Oesterreich gar nur 80 000 Franks beigetragen habe.“

„Das ist der richtige Weg, der Weg Kulturbedürfnisse zu bedenken, das ist der Weg, den auch das Kirchenrecht angiebt; die Gaben sollen freiwillig sein. . . Der Religionsunterricht aber gehört in die Kirche, in die Synagoge, in die Moschee, aber nicht in die Schule des Staates.“

„In Frankreich wurde im Geetze vom 22. März 1882 erklärt, daß von staatswegen kein Religionsunterricht mehr in den öffentlichen Schulen stattfinden wird und daß die Schulen Frankreichs konfessionslos seien. An die Stelle des Religionsunterrichtes trat dort der Unterricht in der Moral und in den bürgerlichen Rechten. An den Unterstufen wird gar nichts

berartiges unterrichtet, sondern nur an den Mittel- und höheren Stufen. An den Mittelstufen, die Kinder von 9 bis 12 Jahren umfassend, werden nach dem Programme, welches der höhere Schulrath des öffentlichen Unterrichts von Frankreich aufstellt, im Normalunterricht, im mittleren Kurse für Kinder von 9 bis 11 Jahren dargestellt: 1. Die Pflichten der Kinder: a) gegen die Familie, gegen die Eltern, gegen die Großeltern; Gehorsam, Achtung, Liebe, Dankbarkeit; b) die Pflichten der Kinder unter sich; c) die Pflichten derselben gegen die Dienstboten; d) die Pflichten gegen die Schule: Fleiß, Folgsamkeit, Reinlichkeit. — 2. Die Pflichten des Kindes gegen sich selbst: a) Pflichten gegen den Körper; Mäßigkeit, Nüchternheit, Mäßigkeit, Turnen; b) Pflichten gegen die Seele: Wahrhaftigkeit, Aufrichtigkeit, Würde, Selbstachtung, Bescheidenheit, Muth, Geduld, Vermeidung von Zorn, Eitelkeit, Frivolität, Unwissenheit, Trägheit. — 3. Pflichten der Kinder gegen die Mitmenschen: Gerechtigkeit, Liebe, Güte, Brüderlichkeit. — 4. Pflichten gegen Gott. — In den höheren Stufen, die Kinder von 11 bis 13 Jahren umfassend, werden im Moralunterricht dargestellt: 1. die Pflichten in der Familie; a) der Eltern, b) der Kinder. 2. In der Gesellschaft: Wohlthaten der Gesellschaft, die Gerechtigkeit als Bedingung der Gesellschaft, die Brüderlichkeit, Achtung vor dem Leben, der Freiheit, dem Eigenthum und der Ehre Anderer, Wohlwollen, Dankbarkeit, Toleranz, Milde, Aufopferung. 3. Das Vaterland: Pflichten gegen dasselbe, Gehorsam gegen die Gesetze, Militärdienst, Ordnung, Aufopferung, Treue, die Steuer; Rechte: Stimmrecht, Gewissensfreiheit, Freiheit der Arbeit und der Vereinigungen; Sicherheit von Leben und Eigenthum, die republikanische Devise Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Im „bürgerlichen Unterricht“ umfaßt der mittlere Kurs für Kinder von 9 bis 11 Jahren summarische Notizen über die Organisation von Frankreich: der Bürger, seine Pflichten, seine Rechte die Schulpflicht, die Militärflicht, die Abgaben, das Stimmrecht — über die Gemeinde: Maire, Gemeinderath — über das Departement: der Präfekt, Generalrath, der Staat, die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Gewalt. — Im höheren Kurse für Kinder von 11 bis 13 Jahren kommen vor: Eingehende Mittheilungen über die politische, administrative und richterliche Organisation von Frankreich, über die Verfassung, über die bürgerlichen Rechte u. s. w. „Dieses Programm wurde in Frankreich von der obersten Schulbehörde ausgearbeitet und auf Grund desselben wurden Preise für Lehrbücher ausgeschrieben. Sechs dieser Lehrbücher wurden als zulässig erklärt und dieselben enthalten am Schlusse noch die Menschenrechte. Diese Menschenrechte sind jetzt in Frankreich in jeder Schule auf Tafeln angeschrieben. Da wird den Kindern mit großen Lettern gelehrt: Alle Menschen sind frei geboren und in ihren Rechten gleich; zwischen den Bürgern Frankreichs darf kein Unterschied bestehen, außer der Tugend und der Fähigkeit; die natürlichen Menschen-

rechte sind die Freiheit, das Eigenthum, die Sicherheit, der Widerstand gegen jede Bedrückung; die Souveränität beruht in der Nation; die Freiheit besteht darin, alles thun zu können, was Anderen nicht schadet, nur das Gesetz kann ihre Grenzen bestimmen; das Gesetz kann nur die der Gesellschaft schädlichen Handlungen verbieten; das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens; die freie Mittheilung der Gedanken, Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte.

„Ich frage: Ist das alles nicht viel vernünftiger als der Katechismus von Pater Canisius?“

„Wie lange, meine Herren, wird es dauern — und das möchte ich Seine Excellenz, den Herrn Unterrichtsminister fragen — bis diese Sätze, die ich verlesen habe, auch in Oesterreich mit großen Lettern in jeder Schule angeschrieben sind, daß alle Souveränität beim Volke beruht, daß alle Menschen frei geboren und gleich sind, daß das Gesetz nur der Ausdruck des allgemeinen Willens der Gesamtheit sein darf? Das sind die Grundätze, mit denen ein Volk für die Zukunft noch eine Berechtigung hat, aber nicht das, was man bei uns unter dem Namen Religion unserer Kindern lehrt.“

„Wenn die Bourgeoisie auch fromm wird, so wird sie damit doch dem Fortschritte der Zeit nicht entgegen treten. 300 Jahre nach Christi Geburt war das römische Heer bereits mit Christen versetzt; es wird nicht 300 Jahre dauern und die Heere der Bourgeoisie werden mit Demokraten versetzt sein, trotzdem sie heute, um diesem Unglücke zu entgehen, ihre eigenen Staatsgrundgesetze kassirt und lasirt.“

Nachrichten.

Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die Gesetze betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Verlängerung der Wahlperiode. Die Gesetze datiren vom 18. und 19. März. Bis dahin war also von einer „liberalen Aera“ nichts zu merken.

Der Bundesrath wird wahrscheinlich in der Woche nach Ostern, vom 9. April ab, wieder vollzählig in Berlin versammelt sein. Der wichtigste Gegenstand, welcher den Bundesrath in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten beschäftigen soll, wird die Vorlage, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter sein.

Wie groß die Opferwilligkeit in der sozialdemokratischen Partei ist, ergibt sich auf's Neue aus einem uns zugehenden Verzeichniß von Geldbeiträgen für Parteizwecke, über deren Eingang die Abg. Bebel, Grillenberger, Meister und Singer quittiren. Dasselbe umfaßt die Monate Dezember, Januar und Februar und weist nach: 1) für Unterstützungszwecke etwa 5500 Mark, für den Reichstagswahlfonds 13 100 Mark (darunter „aus Nirsingheim als Antwort auf den Beschluß des Reichs-

tags die fünfjährige Wahlperiode betreffend“ 7500 Mark, von R. D. „nochmal, damit es für die nächste Wahlperiode taugt“ 3000 Mark), für Hafencleber und seine Familie 5808 Mark, zusammen nahe an 25 000 Mark. Andere Parteien werden diese Ziffern nicht ohne Staunen und — Beschämung lesen.

Der aus Berlin ausgewiesene Buchbinder Michelsen, aus Mecklenburg gebürtig, der von den Behörden in Deutschland gleich Christen von Ort zu Ort gejagt wurde, entschloß sich, der alten Welt mit seiner Familie den Rücken zu kehren. Er befindet sich schon mit den Seinigen auf dem Wege nach Buenos-Ayres. Möge es ihm gelingen, ein sicheres Heim auf fremdem Boden zu finden.

Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung, am Dienstag, den 3. April, Vormittags 10 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112. Tagesordnung: 1. Die Lohnfrage. 2. Verschiedenes.

— Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin Nord. Mittwoch, den 4. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Zimmermann's Gesellschaftsbau, Köslinerstraße 17. Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.

— Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Ortsverwaltung „Berlin I. Versammlung am Dienstag, den 3. April, Vormittags 10 1/2 Uhr, in „Reichmüller's Salon“, Alte Jakobstraße 48a. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Auf welche Weise erzielen wir eine einheitliche Regelung der Preise in den verschiedenen Werkstätten? 3. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Ausgabe der Fachzeitung Nr. 4, 2. Jahrgang erfolgt in der Versammlung.

— Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufs-genossen. Außerordentliche Generalversammlung am 1. April 1888, 10 1/2 Uhr bei Lammer's, Kommandantenstr. 71/72. (Zahlstelle Berlin.) Tagesordnung: 1. Urabstimmung über das geänderte Verbandsstatut. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um recht zahlreichen Besuch ersucht.

— Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin I. Am 3. April, Vormittags 10 Uhr, im Lokale, Pichlerstraße 7/8 (Restaurant Wilhelmshöhe): Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Delegirten zur Generalversammlung. — Die definitive Wahl findet in demselben Lokale am Sonnabend, den 14. April, Abends 8 1/2 Uhr statt. Das Nähere wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Da die Versammlung jedes Mitglied von großer Wichtigkeit ist, werden alle Mitglieder ersucht, ihre Rechte auszuüben und Mann für Mann zu erscheinen. — Die Filiale Berlin 4 hält am zweiten Osterfeiertage, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Keller's Lokal, Andreestr. 21 (oberer Saal), eine Versammlung ab, behufs Vorwahl der Delegirten zur Generalversammlung.

— Der Fachverein der Tischler feiert am Sonntag, den 1. April (1. Osterfeiertag), in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstraße 57, sein 8. Stiftungsfest, bestehend aus großem Vokal- und Instrumentalkonzert, ausgeführt vom Gesangsverein Echo I und der verstärkten Kapelle des Hauses; Auftreten des beliebten Wagnon-Tänzerpaares Martha und Georg Stöper. Nach 12 Uhr großer Ball. Anfang des Konzerts Nachmittags 5 Uhr.

— Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 1. April (1. Ostertag), Vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Huber: „Festvortrag.“ Am zweiten Ostertag, Vormittags 10 1/2 Uhr, Herr G. Vogtherr: „Festvortrag.“ In beiden Versammlungen sind Damen und Herren als Gäste willkommen.

Wir glauben im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir für diese Feiertagsnummer die Nachrichten möglichst beschränken und mehr ernstern Stoff boten.

Geschäfts-Eröffnung!

Allen Freunden und Bekannten theile ich ganz ergebenst mit, daß ich
Reichenbergerstraße 71,
Ede Forststraße,

ein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal
eröffnet habe.

E. Tischer.

Cigarren- und Tabak-Fabrik

von
H. Gumpel,
Berlin N.O., Barnimstr. 42.
Lager von Rauch-, Bau- und Schnupftabak,
sowie russischer und türkischer Cigarretten.

C. Wildberger

Tapezierer und Dekorateur
Berlin S., Kommandantenstr. 60.

empfehl ich zur Anfertigung von Polster- und Dekorationsarbeiten in der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, sowie zum Anpolstern u. u. und Neuarrangiren von Gardinen unter Zusicherung solider Arbeit bei bill. Preisen.

Freunden und Bekannten empfehle mein

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittagisch nach Auswahl 45 Pf.
Abendisch nach Auswahl 30 Pf.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Herm. Liewald, Mariannenstr. 46.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager
von
C. Klein.

15. Nitterstraße 15.
Dasselbst Zahlstelle der Gärtnerei u. Bronceur (E. S. 60.)

Ungetauft und doch kein Heide,
zu aller Weißbiertrinker größter Freude
bringe ich in den Osterfeiertagen eine vorzügliche
Märzweisse zum Anstich an.
Auch kann man mit Behagen
zu den Osterfeiertagen
sich bei mir von einem kräftigen Berliner
Bock stoßen lassen.

Hierzu lade ich alle wahrheitsliebenden Männer
und Frauen ganz ergebenst ein.
W. Haugk, Weinstr. 22.
Eingang vom Hirt.

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)

30 Zimmerstrasse 30

empfehl ich einem geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.

Reelle Bedienung, guten Sitz, solide Preise garantiert der Vorstand.

Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahrs- und Sommerpaletots, aufmerksam. Um zu räumen herabgesetzte Preise!

Unser Geschäft bleibt auch am 2. Feiertag bis 1 Uhr geöffnet.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte

Uhrenfabrik

von
Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle.

verkauft jetzt sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren

zu fabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Zur pünktlichen Feierung der **Volks-Tribüne,**
der Neuen Zeit, Internationalen und Volksbibliothek und sämmtl. anderer Zeitschriften und Mode-Journale empfiehlt sich

R. Kohlhardt, Brandenburgstr. 56.

Auch wird daselbst jede Buchbinderarbeit angefertigt.

Cigarren- und Tabak-Fabrik

von
Ballmüller & Steinicke,

Ackerstraße 22, Hof pt.,
neben der Markthalle.

Feiertage bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Meinen werthen Kunden und Freunden zur
Nachricht, daß sich meine Glaserei, Spiegel-
und Bilderrahmung vom 1. April ab

Brangelstraße 32 part.

befindet.

Karl Scholz,

bisher Eisenbahnstr. 36 b. I.

Luckenwalde.

Abonnenten für die „Berliner Volks-Tribüne“
nimmt stets entgegen

Wilhelm Struck,

Stift-Strasse 4.

Carlshafen.

Abonnements auf die „Berliner Volks-Tribüne“
nimmt entgegen

E. Obser, Carlshafen

**Berein zur Wahrung der
Interessen der Schuhmacher
und verw. Berufs-genossen.**

Montag, 2. April (2. Osterfeiertag)

grosses Tanzkränzchen

im
Rönigstadt-Casino,

Holzmarktstraße 72.

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Billets sind zu haben bei B. Papke, Restaurant,
Oranienstr. 197; Adamcaß, Lothringersstr. 99;
E. Kunze, Ruppinerstr. 2, 2 Tr.; Herm. Krause,
Alexandrienerstr. 116 a, Seitenfl. 4 Tr.

Arbeitsnachweis für Tischler.

Der vom Fachverein der Tischler begründete
Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jakobstr. 38**
im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittlung
geschieht für Meister und Gesellen (auch
Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich.
Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen
von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends, **Sonntags**
von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich
die vier Kassirer der „Ortskrankenkasse der Tischler
und Pianofortarbeiter Berlins“ verpflichtet haben,
sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten,
ersuchen wir, nur den obengenannten Ar-
beitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

Frühlingskampf.

Von Friedrich v. Sallet.

Winter sieht mit finstrem Grollen,
Wie die Welt so frei, so schön,
Und er naht mit Sturmesrollen,
Sausend wildem Kampfgetö'n.

Und er wüthet, und er wandelt
Sellen Tag in dunkle Nacht,
Und mit roher Faust behandelt
Er die grüne Blätterpracht.

Ob der Wald auch kämpfend schnaubet,
Mit den Ästen schlagend drein,
Steht er düster bald, beraubt
Von des Laubes grünem Schein.

Statt der lieblich wallenden Loden,
Drin das Auge Freiheit sah,
Steht er starr in Puderloden,
Ein gezähmter Hölfling, da.

Schwache Vöglein sinken nieder,
Harmlos flatternd in der Luft,
Winter fürchtet Freiheitslieder,
Schleudert sie zur stummen Gruft.

Aber stärkste Freiheitsklänge
Singt der Strom mit lautem Schall.
Thaten sind es und Gesänge,
Freiheit wehend überall.

Drum muß ihn der Winter zwingen,
Legt ihm starre Fesseln an.
Brausend in gewalt'gem Ringen
Singt der Strom, so lang' er kann.

Und der Winter bau't und bauet
Einen Kerker, fest und kalt,
Bis das Lied, vor dem ihm grauet,
Unter'm Eise tief verhallt.

Bähnt: es hat die Welt vergessen
Jenen mächt'gen Freiheitsfang,
Winter, ha! du hoffst vermess'n —
Tief noch braust der alte Klang.

Winter breitet voll Behagen
Weit des Leidentuches Glanz,
Denn er wähet: todtegeschlagen
Sei die freie Erde ganz.

Doch im Jorne blüht der Himmel,
Ruht des Lichtes Strahlenschaar,
Und sie kommen im Getümmel
Und ihr Rüstzeug leuchtet klar.

Ist die Erde lahm an Kräften
Und zum Kampfe krank und matt,
D! dann kämpft mit feur'gen Schäften
Himmel selbst an ihrer Statt.

Von dem lichten Speer getroffen
Bebt des Stromes Kerkerthor,
Bebt und kracht — jetzt steht es offen,
Und der Strom bricht wieder vor.

Und bei seiner Wellen Tönen,
Und bei seines Hauches Wehn,
Muß die Welt sich neu verschönen,
Neu zur Freiheit auferstehn.

Wieder darf der Wald nun zeigen
Seine grüne Lodenpracht,
Und es rauschen in den Zweigen
Sieg'sgesänge durch die Nacht.

Lüste dürfen wieder kosen,
Blumen dürfen wieder blühen,
Wieder dürfen zarte Rosen
In des Lichtes Kuß erglühen.

Keiner nimmt dem Bach sein Klagen
Und den Blättern ihren Duft,
Lerchen aus der Gruft sich schwingen:
Freiheit! schmettert's durch die Luft.

Bannergleich, so wallen schaukelnd,
Blüthenzweig' in Lüften frei.
Frühlingsboten, bunt und gaukelnd,
Runden rings der Freiheit Mai.

Doch der Winter ist, betrogen,
Hoch in wilde Einsamkeit
Auf sein Alpenschloß gezogen,
Grollt, und sinnt auf neuen Streit.

Doch getroßt! ob in Vernechtung
Auch die weite Erde stöhnt:
Nimmer ruht des Streit's Vernechtung,
Und der Freiheit Wehrtruf tönt.

[Nachdruck verboten.]

Der „Sandwich“.*)

Ein Bild aus dem Pariser Leben.

Von Emilie Mendel.

Zehn „Sandwich“ marschirten trübselig im Gänsemarsch hinter einander her. Die Reklamen, welche sie auf Brust und Rücken trugen, interessirten mich nicht im Geringsten.

Schweigend, von elendem, heruntergekommenem Aussehen, schen den Blicken ausweichend, schienen sie sämmtlich der Menge fremd, welche sie mit schweren, abgemessenen und müden Schritten spalteten. Ihre schmutzige, fast zerlumpte Kleidung zog durch die Fluth der eilig hin- und herwogenden Spaziergänger eine dunkle Furche, die sich nach und nach im Gedränge verlor. Die traurige Karawane des Elends wanderte unbeachtet durch die ungeheure belebte Wüste, die sich Paris nennt.

Seit kaum der Morgen graut, marschirten die grotesken lebenden Plakatsäulen unbewußt, mechanisch und automatenmäßig hinter ihrem „Leithammel“ her. Etliche lauten an widerlichen Zigarrenstümpfen, welche sie unterwegs auf der Straße auflesen. Fast ohne Ausnahme trugen sie starke Bärte und dunkle Brillen, sicherlich wollten sie bei Ausübung ihres jämmerlichen Handwerks nicht erkannt werden.

Woher stammten wohl diese Galeerensträflinge der Noth, welche in so traurig lächerlicher Weise ihre Kugel schleppen?

Unter ihnen mochten so ziemlich Angehörige aller Stände vertreten sein. Der Eine klapperte vor Frost in einem gelblichen Sommerkostüm, das abgetragen, aber von elegantem Schnitt war. Ein Anderer schützte sich, so gut es ging, durch einen durchlöcherichten Trikot, während auf seinem Kopf ein Cylinderhut thronte. Ein Dritter steckte in einem dünnen schwarzen Rock und trug Mitte Januar weiße Hosen, sein Haupt war von einem Klappehut geziert, der vor Fett glänzte. Noch ein Anderer hatte es sich in einem röhlichen abgeschabten Ueberzieher bequem gemacht, dessen Velstragen fast alles Haar verloren und eufsiglich kahl geworden war. Der Sandwich an der Spitze des Zuges machte im Vergleich zu seinen Gefährten einen reinlichen Eindruck, er trug ein kurzes Jaquet und blaue Leinwandhosen; offenbar war er der Führer, der „Leithammel, der „Kornat“.

So gingen sie die Boulevards entlang und trugen auf dem von Schande, Armuth und Müdigkeit gebeugten Rücken die Annoncen irgend eines Ringeltangels, von denen das Porträt eines berühmten Komikers die Vorübergehenden angriffte.

Ich konnte mir selbst nicht erklären, warum dieser Sträfzingszug aus dem Bagno des Pariser Elends mich so lebhaft interessirte. Es war keineswegs das erste Mal, daß ich den Pilgern einer marktstreuerischen Reklame begegnete, und doch hatten sie noch nie wie heute meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Zehn vor mir erimmerten durchaus nicht an ihre Leidensgefährten, denen man täglich in den Straßen begegnet.

Gewöhnlich hat die Trunksucht den Gesichtern der „Sandwich“ ein nicht zu tilgendes und mißzudeutendes Mal aufgedrückt. Wenn Jemand bis auf die letzte Stufe des Elends herabgesunken ist, so hat er meist kein menschliches Antlitz mehr, sondern eine kraupshast verzogene Frage, auf deren verwiterte Züge Kummer, Entbehrungen und Schmerz tiefe Furchen gegraben, und denen der Rausch, der letzte Trost der Unglücklichen und Besiegten, seinen Stempel aufprägt. Bei meinen „Sandwich“ war nichts Aehnliches zu bemerken.

Der Unternehmer des Reklamebureau's, das sie zu vertreten die „Ehre“ hatten, hatte augenscheinlich unter den Elenden, die ihre Dienste anboten, eine strenge und sorgfältige Auswahl getroffen.

Besonders einer der „Sandwich“ nahm meine Aufmerksamkeit gefangen: es war der zweite in der Reihe, derjenige, welcher in dem dünnen Rock und den weißen Beinkleidern fröstelnd zusammenschauerte. Er war ein noch junger Mann, mit feinen, vornehmen Zügen. Den dichten struppigen Bart hatte er wahrscheinlich mit Absicht tief in das Gesicht herein wachsen lassen, so daß er fast vollständig die abgekehrten Wangen verdeckte, auf denen Fieberrothe lagerte. Der Blick war traurig, aber lebhaft und intelligent.

Welche Ironie des Schicksals, welche grausame Reihe von Unglückschlägen hatten den sozialen Schiffbrüchigen hier scheitern lassen? Wie war er dazu gekommen, den traurigen Panzer eines „Sandwich“ anzulegen? Warum befand sich der noch junge Mann, welcher nur schlecht eine bessere Erziehung, andere Lebensgewohnheiten verbar, in

*) „Sandwich“ (fr.: Sändigwisch) nennt man Leute, welche große Reklamen durch die Straßen der Stadt tragen. Die Plakate sind entweder wie riesige, nach oben ragende Panzer auf Brust und Rücken oder über den Schultern der Anträger so angeknallt, daß letztere mehr oder weniger zwischen ihnen stecken, wie der Schinken zwischen den beiden Hälften der belegten Brötdchen, die unter dem Namen „Sandwich“ bekannt sind. Die angegebene Aehnlichkeit gab Veranlassung zu der Bezeichnung. Wir kennen ja in Berlin auch diese wandelnden Plakatsäulen, wenn auch nur vereinzelt, und nicht so armfellig.

diesem Zug, dessen Anblick das Herz bluten machte? Gewiß hatte er keinen Beruf, Alle hatten ihn zurückgestoßen, und auch seine Freunde wollten nichts von ihm wissen. Hat man denn Freunde, wenn man unglücklich ist? Gewiß, er verdiente ein besseres Loos als die armfellige Beschäftigung, die er so stoisch aufgenommen. Je mehr ich das schmerzliche Geheimniß zu durchdringen suchte, um so stärker fühlte ich mich von dem Unglücklichen angezogen und erschüttert und halb unbewußt folgte ich den armen Teufeln, die in dem bleichen Licht einer untergehenden Winterfonne über die lange Reihe der großen Boulevard's dahinschwankten. Von ihrer Brust und ihrem Rücken grinsten die Porträts des berühmten Komikers, welcher für einen einzigen Abend mehr Gage bezog, als die zehn Unglücklichen, die seinen lauten Ruhm durch die Straßen trugen, zusammen während zweier Monate erhielten. Ich grübelte, in bittere Gedanken versunken, über die schreiende Ungerechtigkeit der Gesellschaft nach und suchte dem leichtfertigen Paris, welches im Laufe weniger Monate einem talentlosen Hanswurst Reichthümer in den Schooß wirft, während es Tausende von Enterbten vor Hunger sterben läßt.

Ohne es zu bemerken, war ich im Selbstgespräche bis zu der Kreuzung gelangt, welche durch das Zusammentreffen der Boulevards St. Denis und Sebastopol gebildet wird. Nachmittags herrscht an dieser Stelle ein ungeheures, unbeschreibliches Gedränge. Der Zug der „Sandwich“ in Lumpen trollte weiter und weiter, jetzt betrat er den Fahrweg mit, schlängelte sich mitten durch das unentwirrbare Durcheinander von Wagen hindurch. Plötzlich überdönte ein gellender Schrei das betäubende Geräusch der Wagen, die Zurufe der Kutscher und die Hörner der Tramway's. Ich stürzte nach der Stelle, von wo aus er erklangen, und um die sich bereits die Menge anhäuften. Sie umdrängte ein elegantes Coupé, während Polizisten die schraubenden und stampfenden Pferde anhielten und einen Mann aufhoben, welcher soeben überfahren worden war. Es war ein „Sandwich.“ Ich erkannte den Mann im faden-scheinigen schwarzen Rock. Ohnmächtig lag er zwischen den Annoncen, die er getragen, und welche die Hufe der Pferde in tausend Fetzen zerrissen. An seinem Haupte klappte eine breite Wunde, aus der ein Blutstrom quoll. Der in einen kostbaren Pelzmantel gehüllte Besitzer des Coupé's war ausgestiegen, er suchte mehr seinen bleichen und zitternden Kutscher zu entschuldigen, als daß er sich um den Verwundeten gekümmert hätte, den man eilig in die nächste Apotheke trug.

Ich folgte dem traurigen Zug in den Laden, eine zahllose Menge drängte uns nach.

Der ausgehungerte „Sandwich“ wurde auf den Boden gelegt, er war noch immer bewußtlos. Man gab sich alle mögliche Mühe um ihn, der Apotheker neigte sich angstvoll forschend über ihn und suchte die geringsten Zudungen seines Gesichtes zu erspähen. Aber je länger er schaute, um so trauriger ward seine Miene und endlich gab er seiner Hoffnungslosigkeit durch ein Schütteln des Hauptes Ausdruck. „Der Mann ist verloren!“, murmelte er vor sich hin.

Die Polizisten hatten den Eigenthümer des Coupé's herbeigeführt, welcher sich nicht die geringste Mühe gab, seine üble Laune zu verbergen. „War es etwa seine Schuld?“, rief er mit dem Ton unwilliger Entrüstung aus. „Warum erlaubte die Polizei, daß in den Straßen von Paris der Reklame wegen derartige Maschzüge zirkuliren, welche die Pferde soeben machen? Was wollte man übrigens von ihm. Er war doch gegen Unfälle versichert. Die Gesellschaft würde bezahlen und Alles in Allem sei es wirklich nicht der Mühe werth, ihn seine Zeit verlieren zu lassen. Der Unfall war bedauerlich, gewiß, er gab das ja zu, aber was hatte er denn damit zu thun? Sein Kutscher hatte doch „Achtung“ geschrien, und wenn der Mann nicht von der lächerlichen Maschine gehindert worden, die er auf Brust und Rücken trug, so hätte er sich ganz gut durch Laufen retten können.“

Niemand antwortete ihm. Man hörte nur die rauhen, feuchenden und pfeifenden Athemzüge des Sterbenden und das undeutliche, dumpfe und verworrene Geräusch der Neugierigen, welche sich vor den Fensterscheiben der Apotheke drängten, um den „Ueberfahrenen besser sehen zu können.“

Es war gelungen, den „Sandwich“ aufrecht zu setzen. Einer der Apothekergehilfen stützte sein Haupt, während sich ein anderer bemühte, ihm eine Stützung einzufußeln. Der Verwundete kehrte nach und nach ins Bewußtsein zurück.

Er ließ zuerst einen unsicheren und gebrochenen Blick über seine Umgebung schweifen, dann stürzte ein Thränenstrom aus seinen Augen. „Was wird aus meiner Frau, was aus meinen armen Kindern werden?“, höhnte er mit dem Ausdruck tiefsten Schmerzes. Der Herr des Coupé's, der endlich ergriffen schien, trat einen Schritt auf ihn zu. „Seien Sie unbesorgt,“ sagte er mit rauhem, herrischem Ton, „man wird sich ihrer annehmen, so lange Sie selbst im Spital sind. Was Teufel, Sie sind doch noch nicht todt!“

Der Klang dieser Stimme rief bei dem Verwundeten eine plötzliche Aufregung hervor. In seinem Innern

schien sich eine heftige Umwandlung zu vollziehen. Seine Augen hatten sich erschreckend weit geöffnet und hefteten sich starr auf den ihn Anredenden. Mehr zischend als gesprochen rangen sich endlich abgerissene Worte von seinen Lippen. „Sie! . . . Sie! . . . Sie haben mich überfahren!“ Und ein herzzerreißendes Lächeln verzerrte das fahle Antlitz. „Nicht zufrieden damit, mich mit ihren schmutzigen Finanzspekulationen zu Grunde gerichtet zu haben, werden Sie heute die Ursache meines Todes! . . . Ah, das nenne ich konsequent!“ Ein schmerzliches Stöhnen und Köcheln begleitete die abgerissenen Sätze.

Bei der ihm so unerwartet und heftig entgegen geschleuderten Anklage war der Herr im Pelz sehr roth geworden und stammelte verlegen: „Aber ich kenne Sie ja gar nicht.“

Der „Sandwich“ schien alle seine Kraft zu einer letzten Anstrengung gesammelt zu haben; er hatte sich auf die Ellbogen gestützt und wandte seinen Blick nicht vom Finanzmann ab: „Sie kennen mich nicht? . . . Beim Himmel, wäre es denn auch möglich, daß Sie alle Ihre Opfer kennen? . . . Spitzbube! . . . Sie haben zu Viele zu Grunde gerichtet! . . . Ich bin . . . ich bin . . .“ Er sprach seinen Namen so leise aus, daß ich ihn nicht vernehmen konnte.

Der Finanzmann dagegen hatte ihn wohl verstanden. Er war sehr bleich geworden, seine Züge waren verstört, als er sich hoch aufrichtete. Mit einer fieberhaft raschen Bewegung wandte er sich der Thür zu, allein die Polizisten vertraten ihm den Weg. Er zeigte ihnen seine Karte: „Seien Sie unbeforgt, meine Herren“, sagte er mit zitternder Stimme, „ich nehme mich sicher des Unglücklichen an. Er phantastirt im Fieber . . . Ich bin eine bekannte Persönlichkeit, ich bin der Baron von X. . .“

Der Sterbende hatte plötzlich die Leute, die ihn stützten, bei Seite geschoben, er richtete sich fast gerade in die Höhe und bot einen wahrhaft erschreckenden Anblick.

„Ja wohl, man kennt ihn . . . den Baron, den Dieb . . . und Feigling! . . . Ich will Nichts. . . Behalte mein Geld . . . Du hast mich in das bitterste Elend gestoßen . . . Du hast mich zum Sandwich gemacht . . . Heut wirst Du mein Mörder . . . Du hast Dein Werk zu Ende geführt! . . . Sei verflucht! . . . Das Zuchthaus erwartet Dich . . .“

Die Anwesenden waren vor Entsetzen stumm und wie versteinert. Berlegen und unentschlossen, was zu thun, drehten die Polizisten ihre Käppel's in der Hand. Der Verwundete war zurückgesunken und röchelte schwer. Die Nacht war unterdeß hereingebrochen, aber in Folge der Aufregung hatte man vergessen, das Gas anzuzünden. Die in Halbdunkel getauchte Gruppe war gespenstisch.

Plötzlich stand der Apotheker auf: „Der arme Teufel ist todt“, sagte er, „er hat sein dornenvolles Märtyrertum ausgelitten.“

Anwillkürlich verneigte sich Jeder der Umstehenden, von den kurzen aber inhaltsschweren Worten in tiefster Seele erschüttert. Ich warf einen letzten, traurigen Blick auf den unglücklichen „Sandwich“, dann schickte ich mich zum Fortgehen an. Meine Blicke suchten den Baron, er war verschwunden . . .

Ich habe ihn seit der Zeit im Bois de Boulogne wiedergesehen, aufgeblasener, hochmüthiger als je und zu neuen Finanzspekulationen bereit. Nur darf man ihm nie von den „Sandwich“ sprechen, er verabscheut sie.

Suggestion.

o Suggestion? Was ist das?

Ja, lieber Freund, es ist schade, daß es eben nichts damit ist. Es wäre, ach! so schön gewesen, aber es ist Schwindel.

Diesmal war es ein medizinischer Schwindel. Dergleichen ist bekanntlich gar nicht selten und es sind ihrer viele, die immer wieder daran glauben.

Wenn zum Beispiel Jemand mit einem homöopathischen Rezept zur Apotheke geht, auf dem, nun sagen wir Morphium, in der siebenmillionsten Verdünnung und davon ein Taufendstel Gramm verschrieben ist, so erhält er bekanntlich, wie ja unwiderleglich nachgewiesen ist, reinen unverfälschten Milchzucker vom königlich privilegierten Apotheker. Er nimmt ihn ein, den Milchzucker, und fällt vielleicht in tiefen Schlaf, weil ihm der Arzt gesagt hatte: „Das Mittel wird Ihre Schlaflosigkeit vertreiben.“ Man sagt dann, die Wirkung ist durch Suggestion eingetreten, man kann sagen, durch „Einreden“.

O, das Einreden, die Suggestion, ist ein altes Kunststück! Man versucht ja noch heute, und sogar öfters mit gutem Glück, hungernden Arbeitern einzureden, sie wären ganz glücklich, es bestände eine fühlbare Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, und alle Noth und alles Elend wären nur Sinnestäuschungen. Die Welt wäre so wunderschön in ihrer Harmonie, daß auch der elendste Wurm in Glück förmlich schwelgt. Wie gesagt, es giebt sogar Leute, die durch solche Suggestionen eingeschläfert werden. Sie sind glücklich durch Suggestion!

Nun hatte ein französischer Arzt, Dr. Luys, die Sache noch weiter entwickelt, und den Hypnotismus dabei zu Hilfe genommen. Die Resultate waren schön und viel versprechend. Eine ganz neue Zeit, nicht nur in der Medizin, sondern auch in der Volkswirtschaft, ja sogar in der Kriegführung, was für unsere Zeit doch das Wichtigste ist, schien anzubrechen.

Dr. Luys glaubte nämlich gefunden zu haben, daß es gar nicht nöthig ist, ein Heilmittel einzunehmen.

Er verschloß es luftdicht in einem Glasröhrchen, brachte es in die Nähe des Kranken, hypnotisirte diesen, und — siehe da, das Mittel wirkte sofort so, als ob der Kranke es seinem Körper einverleibt hätte!

Die Folgen dieser Entdeckung ließen sich gar nicht hoch genug veranschlagen.

Zuerst wurden alle Apotheker-Privilegien so wacklig, daß man im deutschen Reich sogar an eine Reform des Apothekerverwesens oder Unwesens zu denken begann, was viel sagen will. Was sollten nun noch Apotheker!? Die Krankenkassen kauften sich ein für alle Male die nöthigen Glasröhrchen mit den Heilmitteln. Sie konnten nun sogar bei den Dristlassen wirksame Heilmittel anwenden und brauchten nicht nur nach Billigem zu sehen, nicht vorzuschreiben, daß die Medizin höchstens 5 Pfennige auf den Tag kosten darf. Hatte man sich die kleine Ausgabe einmal geleistet, so wurde dasselbe Heilmittel von einem Kranken zum andern gebracht, er wurde hypnotisirt und die Heilung erfolgte medizinkostenlos. Ein Idealzustand für alle Dristlassen, Berufsgeossenschaften u. s. w.

Die Privatwären durch Medizin-Vereine Institute ebenso gut daran.

Warum sollten aber nur medizinische Heilmittel so wirken? Was ein Gramm Opium thun kann, kann doch sicher ein Pfund Beefsteak vom Filet auch, wenn es mit Moftrich, Kartoffeln und sonstigem Zubehör in eine Glasröhre eingeschlossen wird. Warum nicht? Naturgesetz ist Naturgesetz. Das ist nicht so wie § 153 der Reichsgewerbeordnung, welcher nur auf Arbeiter, aber nicht auf Unternehmer wirkt.

Nun, merkt Du, lieber Freund, die schöne Aussicht? Man denke sich eine ganze Fabrikbevölkerung, ein ganzes Weberdorf. Sie kommen Mittags auf dem Marktplatz zusammen, werden hypnotisirt, die Glasröhre mit dem Fleisch nebst Zubehör wird eine Zeitlang in eines Jeden Nähe gebracht, und man hat nur darauf zu achten, daß die „Einwirkung“ nicht zu lange dauert, weil sonst die Unglücklichen sich den Magen verderben könnten. Sie erheben sich nach einiger Zeit gesättigt durch Suggestion, sind glücklich und das Beefsteak kann vom Herrn Fabrikanten gegessen werden, denn es ist noch frisch und warm.

Welche Lohnabzüge stellte das in Aussicht! Dieser Aufschwung der nationalen Industrie ist gar nicht abzusehen! Die russische Regierung, sogar die Türken könnten Millionen von Soldaten im Felde unterhalten, es kostete die Ernährung kein Geld mehr.

Dabei wäre der Nutzen der Suggestion aber noch lange nicht erschöpft.

Könnte man heilen und ernähren durch Suggestion, warum sollte man nicht auch zahlen können auf diesem nun nicht mehr ungewöhnlichen Wege?

Man denke einen farbentragenden Korpsstudenten, der schon lange durch fleißiges Salamanderreiben dafür geforgt hat, daß ihn Niemand zu den Halb-Gebildeten rechnet, man denke einen flotten Offizier, der durch Wein, Weiber und Spiel labet geworden ist. Ihre Gläubiger werden hypnotisirt, ein irgendwo gepumptes Goldstück, oder — da hier meist Agrarier-Sproßlinge in Rede sind, die für Silberwährung schwärmen — auch ein leichter zu beschaffendes Silberstück, wird in die Nähe des Hypnotisirten gebracht und er quittirt oder zerreiht alle Wechsel, Schuld- und Ehrenscheine. Der Türke hypnotisirt Herrn Krupp und erhält Kanonen ohne einen Groschen Geld. Wäre das nicht famos?

In einer Volksvertretung will man sogar die wunderbare Beobachtung gemacht haben, daß, nachdem dieselbe durch eine lange Rede hypnotisirt war, und man ein Paar Kürassierstiefel in ihre Nähe brachte, die Versammlung laut „Hurrah“ rief, worauf 400 Millionen sofort auf dem Tische des hohen Hauses dalagen nach Abzug der üblichen Banquier-Spesen für die Vermittelung des Geschäftes. Wenigstens bewiesen „nationale“ Zeitungen, daß das Volk durch diese Geldlieferung gar nicht belastet werde, es muß also sicher durch Suggestion das Geld herangeschafft sein.

Doch auch der Aufschwung der nationalen Industrie läme dabei abermals nicht zu kurz. Es werden natürlich wieder Lohnabzüge, diesmal aber in dem Maße ermöglicht, daß nun nichts mehr abzuziehen bleibt, daß also der höchstmögliche Aufschwung erreicht ist. Die Sache wäre so gedacht: In der Fabrik wird unter der Ausgangstür ein blanker Nickel aufgehängt. Am Jahstage werden die Arbeiter hypnotisirt und einzeln unter dem Nickel durchgeführt. Sie fühlen sich dann so bezahlt, daß einige sofort zurückgehen und noch eine Ueberstunde machen, weil sie den guten, humanen Fabrikanten nicht übertreuen wollen.

Ja, das alles wäre so schön gewesen, da kam die entsetzliche Trauerbotschaft, die ganz Europa in Aufregung setzte:

Es ist alles Nichts, Dr. Luys hat sich von einigen alten hysterischen Personen belügen lassen.

Wie schade! Nun muß man es beim Volke und bei den Arbeitern mit dem „Einreden“ wieder in der alten, unbeholfenen Weise weiter versuchen, die mehr und mehr ihre Wirkung verliert! Armer Dr. Luys! Armes Kapital! Und armer Staat!

Der Unterstützungsverein der Maurer Berlins und die Polizei.

Die Maurer Berlins gehören mit zu den am meisten gemahregelten Arbeitern Deutschlands. Der „Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer“ ist seit nahezu zwei Jahren „vorläufig“ geschlossen, eine Maurerversammlung zur Besprechung von Lohnfragen kommt nicht

mehr zu Stande, die ganze einst so stolze Bewegung ist wie vom Schlage gelähmt.

Man hätte glauben sollen, daß wenigstens rein humane Unterstützungsvereine von den Behörden nicht belästigt würden, aber auch dieses ist der Fall. Man nehme z. B. den „Verein zur Unterstützung erkrankter Maurer Berlins.“ Er hat laut § 1 des Statuts lediglich „den Zweck, erkrankte Mitglieder resp. deren Familien nach Kräften zu unterstützen, sowie durch Belehrung über Entstehung und Verhütung von Krankheitsfällen das Wohl der Mitglieder zu fördern.“ Darin liegt doch nichts Staatsgefährliches, und deshalb sollten doch die Behörden den Verein ruhig sich entwickeln lassen.

Aber weit gefehlt. § 7 der Statuten lautet nämlich: „Die Höhe der Unterstützung, welche mit der zweiten Woche der Erkrankung gezahlt wird, wird durch Beschluß der Mitglieder nach Lage der Kasse festgestellt, darf jedoch die Summe von 6 Mark wöchentlich nicht übersteigen. Die Dauer der Unterstützung beschließt die Mitglieder-Versammlung.“ Hier fand das Berliner Polizeipräsidium den richtigen Punkt, um mit seinen Beschränkungen einzuwirken zu können. Unter dem 21. November 1887 erhielt daher der Vorstand folgenden Ulaß:

Euer Wohlgebohren erhalten auf die Eingabe vom 15. d. M. in Betätigung des Eingangs des Vereinsstatuts und Mitgliederverzeichnis hiermit zum Bescheid, daß das Statut wegen der darin geregelten Versicherungsweize nach § 1 ff. des Versicherungsgesetzes vom 17. Mai 1853 in Verbindung mit § 340 b des Preussischen und § 300 Abs. 9 des Reichsstrafgesetzbuchs der staatlichen Genehmigung bedarf, welche hiermit ertheilt wird.

Da der Unterstützungsverein hiernach der staatlichen Aufsicht unterliegt, wollen Sie die Namen der Mitglieder des Vorstandes binnen 8 Tagen hierher anzeigen.

Der Polizei-Präsident. v. Richthofen.

Unter dem 8. Dezember 1887 erging alsdann vom Polizeipräsidenten folgender weitere Erlaß:

Der Vorstand wird unter Bezugnahme auf die diesseitige Verfügung vom 21. v. M. 3469, P. 3. III D. hierdurch von Aufschwungswegen aufgefordert, vierteljährlich, mit dem 1. April 1888 beginnend, einen Rechnungsabluß einzureichen, welcher über Einnahme, Ausgabe, Anlegung und Verwendung der Kassennittel, sowie über die Mitgliederzahl Aufschluß giebt.

Der Polizei-Präsident. v. Richthofen.

Staatliche Genehmigung — staatliche Aufsicht — Namen der Mitglieder des Vorstandes — vierteljährlicher Rechenschaftsbericht über die Verwendung jedes einzelnen Pfennigs — das alles genügte noch nicht. Nicht bloß der Verein als solcher, sondern auch die einzelnen Mitglieder, nicht als Glieder des Vereins sondern als freie Privatpersonen sollen nicht mehr thun können, was sie wollen — bei Strafe der Maßregelung des Vereins. Denn am 9. Februar 1888 wurde der Vorstand wie folgt bedeuert:

Nachdem es zu meiner Kenntniß gekommen, daß Mitglieder des Vorstandes bezw. des Vereins sich an nicht einmal genehmigten Sammlungen für den Generalfonds hervorragend betheilig haben, wird der Vorstand hiermit von Aufschwungswegen darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Wirksamkeit über den Rahmen des unter dem 21. November 1887 genehmigten Statuts hinausgeht und deshalb ebenso unstatthaft ist wie andererseits die Verwendung von Vereinsmitteln zu anderen als im Statut vorgesehenen Zwecken.

Sollte fernerhin hiergegen verstoßen werden, so würde ich mich genöthigt sehen, gegen den Vorstand bezw. Verein mit entsprechenden Zwangsmitteln vorzugehen.

Der Polizei-Präsident. v. Richthofen.

Was dürfen denn die Maurer Berlins überhaupt noch thun?

Der „hochwohlblöbliche“ Buchdrucker-Unterstützungsverein.

Unsere Leser dürften zum größten Theil aus den Tagesblättern davon Kenntniß genommen haben, daß vor Kurzem die Vertreter des Buchdruckervereins in Hamburg tagten, um über die Mittel und Wege zu berathen, den Verein auch fernerhin in irgend einer Gestalt zu erhalten.

Wir haben schon oft Veranlassung genommen, das heute beliebte System, humane Unterstützungsvereine — der Arbeiter natürlich — als unter das Versicherungsgesetz fallend zu bezeichnen, als das klarzustellen, was es in der That ist: als staatliche Hilfe für das Kapital gegenüber den Arbeitern, als Vernichtung auch des letzten Rechts, welches dem Arbeiter auf Grund der Gewerbeordnung zustand. Nicht die Buchdrucker allein sind es, welche unter diesen „Verordnungen“ zu leiden hatten und haben, im Gegentheil wurde mit den übrigen Gewerkschaften bei weitem nicht so viel Federlesens gemacht, als man bei den Jüngern Guttenbergs zu machen für gut fand.

Wir wollen nicht im Einzelnen auf die Verhandlungen des genannten Vereins in Hamburg eingehen, sondern nur auf einige dort gefaßten Beschlüsse aufmerksam machen und hierzu unsere Meinung äußern.

Am ersten Verhandlungstage machte der Berliner Delegirte Döblin — welcher die Verhandlungen mit den Behörden in Vertretung des Vorstandes geführt — die verblüffende Mittheilung, daß er in letzter Stunde einen Bericht vom Polizeipräsidium erhalten habe, wonach der Herr Minister bereit sei, dem Verein die staatliche Genehmigung für Preußen unter gewissen Voraussetzungen zu ertheilen. Mündlich wurde alsdann dem genannten Herrn von dem betreffenden Delegirten auf dem Berliner Präsidium mitgetheilt, daß die Bedingungen folgende seien: daß der Sitz des Vereins nach Berlin verlegt werden müsse, daß die Polizei ein Einspruchsrecht bei den zu wählenden Vorstandsmitgliedern haben müsse, daß Beitrag der Mitglieder und Leistung

des Vereins genau festgesetzt werden müsse, daß bei etwaigem Ausschluß von Mitgliedern ein Schiedsgericht zu entscheiden habe, und was sonst noch verschiedene andere geforderte „Kleinigkeiten“ waren!

Die Berliner Vertreter empfahlen, diese Propositionen anzunehmen und trotz energischer Opposition seitens der Leipziger und einiger anderer Delegierten beschloß die Generalversammlung, den Willen der Polizei zu erfüllen.

Als wir dies in einem Hamburger Blatte lasen, hielten wir es für einfach unmöglich, für einen Schimpf, den man boshafter Weise den Buchdruckern antun wolle. Unmöglich schien es uns, daß die Vertreter des Gewerkes, dessen Angehörige man so oft mit Recht als „Pioniere der Arbeit“ bezeichnet hatte, sich selbst derartig vor den Augen aller übrigen deutschen Arbeiter degradieren, sich freiwillig wie lichtscheue Existenzen unter Polizeiaufsicht begeben, sich selbst der Würde und des Rechtes freier Handlungsweise entäußern sollten.

Zu unserer Beschämung wurden wir eines „Besseren“ belehrt, die Hamburger Zeitung hatte nicht, wie es so oft seitens einer feilen Presse geschieht, gelogen, sie war auch nicht dupirt worden. Es ist alles wahr, nur zu wahr!

Wir werden ja nun das Weitere sehen und die Zeit wird lehren, was diese Liebedienerei für Früchte tragen wird! Glauben etwa die Herren, welche die Selbstständigkeit einer vereinst stolzen Organisation wie eine Lumperei opfert, dieselbe preussische Regierung, welche den bekannten Streikertag in die Welt geschickt, werde den Gewerksverein, wenn er im Kampfe mit dem Kapital um irgend welche Positionen zu ringen habe, hochhalten und unter ihre Fittiche nehmen? Glaubt irgend Jemand, daß das System, welches in noch nie dagewesener Weise die auf Verbesserung ihrer materiellen Lage gerichteten Verbindungen der Arbeiter verbieten ließ, sowie sie in irgend einer Weise anföhrig wurden, daß dieses selbe System mit ihnen eine Ausnahme machen wird, weil sie Buchdrucker sind? Nun und nimmermehr. Die Auflösung würde, wenn der Gewerksverein als solcher fernert nicht in ebenso rückgratloser Weise den Wünschen der Polizei entgegenkommt, nicht lange auf sich warten lassen. Den Unterstützungsverein wird man freilich — ebenfalls vorausgesetzt, daß er gut folgt — bestehen lassen: nimmt er doch dem Staate und der Kommune durch seine Reise- u. Unterstützungen eine hübsche Last ab. Daß aber der Verein an sich dadurch auf einer Stufe anlangen wird, welche ihn analog den „Gewerk“vereinen des Harmonieapostels Hirsch zur Bedeutungslosigkeit für jegliche Forderung der großen und einen Arbeiterbewegung herabsinken läßt, wird naturnotwendig die Folge sein.

Diese Furcht vor einer etwaigen Opposition der Regierung gegenüber bestätigte sich auf der Generalversammlung auch bei einem anderen Punkt der Tagesordnung. Von Seiten eines Ganes war „Stellungnahme zu den Innungen“ beantragt worden, und was that die Generalversammlung? Wiederum Berliner Delegierte stellten den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung und motivirten dies damit, daß die Innungsangelegenheit noch nicht geklärt sei und die Versammlung erhob den Antrag zum Beschluß. Die Innungsfrage nicht geklärt! Das ist zu löstlich, wenn man, allerdings mit offenen Augen, sich die Bestrebungen und die vollbrachten Werke der Innungen ansieht! Aber nur zu durchsichtig war der Antrag! Anecken wollte man nicht, sich nicht den Schein eines oppositionellen Menschen ausstellen, sondern der Regierung gegenüber als mit der Milch der frommen Denkungsart getränkt erscheinen.

An diesen beiden Punkten, welche wir vorstehend geschildert, mögen unsere Leser sehen, was die Regierung möglich gemacht hat. Sie hat den Selbstständigkeitsstimm der Arbeiter geschwächt, sie hat die freie, unabhängige Gesinnung vergiftet. Vor zehn Jahren hätte man ähnliche Forderungen niemals von oben gestellt, weil man sie von unten niemals bewilligt hätte.

Wenn wir nun auch nicht glauben, daß irgendwelche andere Arbeiter in die Fußstapfen der Buchdrucker treten werden, so ist und bleibt es doch bedauerlich und beschämend, daß es überhaupt denkende Arbeiter giebt, welche es über sich bringen konnten, einen „Gewerksverein“ freiwillig unter Polizeiaufsicht zu stellen. Man möge seitens der Herren, welche die Beschlüsse gefaßt haben, deuteln so viel man will, man möge die Nothlage, in welcher der Verein sich befindet, noch so sehr hervorheben, nimmermehr kann es gut heißen werden, einen so bedeutenden Verein zur Drahtpuppe der Regierung gemacht zu haben. Die Zeit wird die Folgen dieser Handlungsweise lehren.

Revolution im Buchdruckergerwerbe.

Die New-Yorker „Volkzeitung“ berichtet:

Seit Jahr und Tag stehen im obersten Stockwerk des „Tribüne“-Gebäudes mehrere Sechsmaschinen, erfunden von einem gewissen Mergenthaler. Dieselben waren lange Zeit mit allen möglichen kleinen Fehlern und Unzweckmäßigkeiten behaftet, sodas ihre Anwendung nahezu dieselben Kosten verursachte, wie die zur Herstellung der „Tribüne“ bisher nothwendig gewesenen Setzer. Jetzt aber sind diese Maschinen vervollkommnet worden und Whitlaw Reid hat die Mehrzahl seiner Setzer entlassen. Die „Tribüne“ wird, bis auf wenige Spalten, welche Anzeigen- und Tabellenatz enthalten, mit der Sechsmaschine hergestellt, welche einen gleichmäßigen, glatten, gut

„ausgeschlossenen“ Satz liefert, welcher der Zeitung ein gefälliges Aussehen giebt. Und die Aktiengesellschaft, welche diese Sechsmaschinen liefert, wird nunmehr mit der Fabrikation derselben beginnen, so daß die Zeit nicht mehr fern ist, in welcher sämtliche Zeitungen im Besitz solcher Maschinen sein werden. Die Folge würde sein, daß Tausende von Setzern arbeitslos werden. Nur noch Anzeigen-, Tabellen- und Accidenz-Setzer werden durch die Mergenthaler'sche Sechsmaschine nicht verdrängt werden.

Dagegen droht diesen Arbeitern von anderer Seite Gefahr. Es ist nämlich in England eine Erfindung gemacht worden, gegen welche die Sechsmaschine das reinste Kinderpiel ist in Bezug auf Einfachheit und Preis der Herstellung. Diese großartige Erfindung besteht in der Anwendung der Photographie zur Erzeugung von Druckplatten. Die Experimente, welche mit diesem System in letzter Zeit gemacht worden sind, waren durchwegs erfolgreich. Unter Anderem ist damit eine Auflage der „Encyclopaedia Britannica“ gedruckt worden, welche kaum halb so viel kostet, wie das ursprüngliche Werk. Der Prozeß zur Herstellung der Platten ging dabei folgendermaßen vor sich: Jede Seite des Werkes wurde in der Größe photographirt, welche die neue Auflage haben sollte. Dann legte man die Glasplatten mit dem Negativbild jeder Seite auf Gelatintafeln, welche derart zubereitet waren, daß sie durch die Einwirkung von Licht in Wasser löslich seien. Wo das Licht nicht durch die Platten fiel, blieb das Gelatin unlöslich. Nachdem die Gelatintafeln mit dem darauf liegenden Negativ dem Licht eine Zeitlang ausgesetzt waren, wurden sie mit Wasser abgewaschen. Die Stellen, welche löslich geworden waren, wuschen sich weg, diejenigen aber, welche unlöslich geworden waren, d. h. die Bilder der photographirten Typen, blieben stehen und somit wurde eine Platte erzeugt, auf der die Buchstaben des Originaltextes erhöhte Typen bildeten. Von diesen Platten machte man eine gewöhnliche Stereotyp-Platte, wie sie jetzt allgemein in den Druckereien zur Verwendung kommen. Man könnte die Gelatintypen auch direkt in Anwendung bringen, denn sie sind härter wie das aus Antimon und Blei bestehende Typenmetall, aber vorläufig hat man noch keine Methode erfunden, sie gegen das Zerdrücktwerden und Zerspringen auf der Druckpresse zu schützen und so lange dies nicht der Fall ist, wird man sich mit den von der Gelatinplatte zu nehmenden Stereotypen begnügen müssen. Dieses Verfahren ist somit für den Nachdruck bereits fertiger Bücher erfolgreich angewendet worden und bleibt somit nur noch die Anwendung auf den Druck neuer Werke, Zeitungen u. s. w. übrig. Auch das wäre leicht zu erreichen. Man braucht bloß alles Manuskript, welches bisher geschrieben und dann vom Setzer mühselig aufgesetzt wurde, mit der Typenschriftmaschine zu schreiben und es dann direkt zu photographiren. Dazu wäre natürlich eine bedeutende Verbesserung und verallgemeinerte Anwendung des „Typewriters“ (der Letternschreibmaschine) erforderlich; dieselbe aber dürfte sich leicht erzielen lassen. Die Gelatinplatten, von welchen die „Encyclopaedia Britannica“ gedruckt wurde, haben vortrefflich Stand gehalten und manche von ihnen zersprangen erst, nachdem mehr als 100 000 Abzüge davon gemacht worden waren.

Uebrigens ist es klar, daß der Gelatinprozeß vorläufig für tägliche Zeitungen nicht in Betracht kommen kann, denn das Photographiren des Manuskripts nimmt mehr Zeit in Anspruch, als das jetzige Setzen mit der Hand und somit wird in den Tageszeitungen der Setzer vorläufig erst der Mergenthaler'schen Maschine Platz machen, bevor diese von der Gelatinplatte verdrängt werden kann. Aber zur Herstellung von Wochenblättern und anderen periodischen Zeitschriften würde sich das photographische Verfahren vorzüglich eignen.

Col. Richard Hoe, der Erfinder der amerikanischen Schnellpresse, ist selber fest davon überzeugt, daß die Gelatinplatten eine große Zukunft vor sich haben und er sieht mit den Leuten, welche diese Neuerung in die Vereinigten Staaten einzuführen gedenken, in fortwährender Korrespondenz. Hoe ist ein enthusiastischer Befürworter aller technischen Neuerungen, die er für zweckmäßig hält. Zweifler fertigt er einfach mit dem Hinweis auf die Vervollkommnung der Druckerpresse ab. Als er die erste derselben in New-York zu bauen begann, gab es nur Handpressen. Bald kamen die Dampf- und Schnellpressen mit einem und mehreren Zylindern, auf welchen die Typen angebracht wurden. Dann folgten die Pressen mit unendlichem Rollenpapier und Stereotyp-Platten und jetzt baut Hoe Pressen, welche pro Stunde 60 000 Zeitungsexemplare liefern können. In einer einzigen Zeitungsdruckerei wird heute von 71 Arbeitern mit einem Duzend Pressen so viel Arbeit geliefert, wie vor 60 Jahren von 16 500 Arbeitern mit 8000 Pressen fertig gebracht wurde. Was man vor 45 Jahren mit einer Stanhope-Pressen in 50 Tagen leistete, wird jetzt mit einer Hoe-Pressen in 5 Stunden gemacht.

„Und so vervollkommnet sich das Maschinenwesen mehr und mehr. Den Hunderten von fleißigen Arbeitern, welche es von Jahr zu Jahr auf's Pfaster wirft, folgen Tausende und Hunderttausende, bis den Proletariern der gesammten Welt eines Tages die Schuppen von den Augen fallen und sie sagen werden: „Halt! — wir wollen die Maschinen jetzt für uns haben, damit die Hinauswerferei einmal ein Ende nehme!“

Soweit das amerikanische Blatt. Behält es Recht, dann wird auch Deutschland bald den Fortschritt sich aneignen — und dann ade Tarif und ade Verband, der nichts weiß als Unterstützung und Tariffreit! Dann

werden alle Buchdrucker auch an den sozialpolitischen Kämpfen der Gegenwart theilnehmen, weil sie die Noth dazu zwingt, die ein unerbittlicher Lehrmeister ist. Dann werden alle Buchdrucker — trotz des Einspruches der Regierung — sozialistisch werden und Schuler an Schuler mit all den anderen fortgeschrittenen Arbeitern zusammensehen.

Die deutschen arbeitenden Bäder,

die so gut wie gar nicht organisiert sind, sollten sich die amerikanischen Kollegen zum Muster nehmen.

Der amerikanische Bäderarbeiter-Nationalverband hat jetzt bereits 70 Lokalverbände, während er noch vor einem Jahre nur aus 40 „Unions“ bestand.

Bei der neulichen Generalversammlung (am 4. März in St. Louis) wies der National-Sekretär Bloch auf die Kämpfe hin, welche der Verband im verfloffenen Jahre durchzumachen hatte und erwählte besonders die an der Pacific-Küste stattgefundenen, welche wohl die Klasse des Verbandes erheblich in Anspruch nahmen, aber auch zur Folge hatten, daß das bis dahin dort vorherrschende Sklavensystem vollständig beseitigt oder doch für die Zukunft untergraben worden ist. Er bemerkte auch, daß das Boycott-Verfahren sich von bedeutendem Vortheil erwiesen habe und empfahl, dasselbe auch in Zukunft anzuwenden. Die Beschlüsse der Chicagoer Generalversammlung, die Arbeitszeit auf 11 Stunden respektive 14 an Samstagen zu reduzieren, sei wohl allgemein durchgeföhrt worden, jedoch gebe es noch in jeder Stadt Shops (Werkstätten, Läden), in welchen länger gearbeitet wird, und in einzelnen Städten, wie Philadelphia und Baltimore, herrschen zum großen Theil noch die alten Zustände.

Die in Indianapolis und Detroit gemachten Versuche, die Tagarbeit an Stelle der Nachtarbeit einzuföhren, haben sich allerdings als Fehlschläge erweisen müssen, da die Entwidlung der Organisation dazu noch nicht weit genug vorgeschritten sei. Ueberhaupt wird man derartige Versuche für verfehlt halten müssen, wenn solche nicht gleichmäßig von allen anderen Lokalverbänden inscenirt werden.

Alles in Allem genommen, hat jedoch der Nationalverband, namentlich wenn man die Reaktion, die sich in der allgemeinen Arbeiterbewegung bemerkbar macht, in Erwägung zieht, erfreuliche Fortschritte gemacht.

Die letztjährige Statistik hat ergeben, daß die Arbeitszeit im Durchschnitt seit dem Bestande des Nationalverbandes um **mehr als 20 Stunden** per Mann pro Woche verringert wurde; die Löhne stiegen im Durchschnitt um mehr als 23 pCt. und die Zahl der Arbeitslosen hat erheblich abgenommen!

Für die deutschen Bäder sollte das ein eindringlicher Bedruf sein, auch mehr und mehr aus ihrer Apathie zu erwachen und an ihrer Organisation zu arbeiten!

Auch die amerikanischen Schneider

vervollkommen unablässig ihre Organisation.

Bisher bestanden zwei Nationalverbände zusammenhangslos neben einander, der „Journegman“ (der Gehilfe) und die „Progressive Union“ (der Fortschrittsverband). In einer kürzlich in New-York stattgehabten Versammlung, in welcher Vertreter beider Unions zugegen waren, empfahlen zwei Vertreter der „Journegman's“ (Cousal und Lippman aus Troy), daß die Union Schritte thne, um eine Vereinigung mit der „Progressive Tailor's (Schneider-) Union“ zu erzielen. 45 jetzt nicht zum Nationalverein gehörige Gewerkschaften warteten nur darauf, daß die beiden Unionen sich vereinigen, um alsdann dem Nationalverein ebenfalls beizutreten. Redner von der „Progressive“ stimmten ihnen bei und es gelangten folgende Beschlüsse zur Annahme:

„Da es noch viele nicht organisirte Schneider giebt; da die bestehenden Unions in viele Fraktionen getheilt sind, was sicher alle Theilhabenden schädigen muß, deshalb sei es beschlossen:

1. daß es wünschenswerth wäre, alle Schneider in einer National-Union zu vereinigen.
2. Ein gemeinsames Label sollte für alle fertigen Kleider anerkannt werden.
3. Ein Organisations-Fonds sollte geschaffen werden, um die begonnenen Organisations-Arbeiten weiter zu führen.
4. Die Errichtung eines lokalen und nationalen Arbeits-Bermittlungs-Bureaus und
5. die Errichtung einer Kranken-Unterstützungs-Kasse wird in Aussicht genommen.“

Wenn alle diese Forderungen zur Durchführung kommen, so wird der wirtschaftliche Einfluß der arbeitenden Schneider, ihre Einwirkung auf Lohnhöhe, Arbeitszeit, Werkstattdingungen u. s. f. sicherlich gewaltig steigen.

Hinzufügen wollen wir gleich hier noch, daß man unter „Gewerkschafts-Label“ (vergl. oben unter 2) die Marke versteht, welche alle von Gewerkschaftlern, d. h. alle von tarifmäßig gelohnten Arbeitern hergestellten Waaren kennzeichnet. Indem man über alle Läden, welche Waaren ohne „Label“ verkaufen, die Sperre verhängt, entzieht man den Lohnrückern den Abjaz an die Händler und zwingt sie so zur Annahme des Lohntarifs. Ein Label, hinter welchem ein ganzes Gewerke einheitlich steht, wirkt natürlich ganz anders, wie ein Erkennungszeichen, das von der einen Gewerkschaft vielleicht gewählt und von der anderen nicht anerkannt wird. Die zweite oben angeführte Forderung ist daher von der höchsten Bedeutung für die Theilhabenden.

Gewerkschaftliches, Arbeiterversicherung.

Während des jüngsten Kohlengräberstreiks im Lehiggelände der Vereinigten Staaten haben 25 000 Familien gedurft, und zwar vergeblich, da die großen Kohlenmonopolisten, die keine Konkurrenz zu fürchten brauchten, das Heft in den Händen behielten. Das hat selbst den Großmeister des Ordens der Arbeitsritter aufgerüttelt und er ist mit einem Male — Sozialist geworden. Er fordert den Uebergang der Kohlengruben in den Gemeinbesitz des Volkes. Er erläßt folgenden Aufruf an seine Getreuen — und dieselben zählen bekanntlich nach Hunderttausenden: „Männer von Amerika, erwacht! Bürger der Republik, erhebt Euch aus dem Schlafe, in den das Monopol Euch gelockt. Stellt Euch die Frage: Sollte nicht die Regierung der Vereinigten Staaten die Kohlenländer dieses Staates besitzen? Sollten sie das Eigentum einiger weniger Männer sein? Ist es unserer Zeit entsprechend, einem alten, arroganten, weißbärtigen Mann (Barde) zu gestatten, daß er sich an die Mündung der Mine stellt und sagt: Das gehört mein. Streiks mögen inszeniert werden, die Kohle bleibt in der Erde; Streiks mögen die Geduld der Arbeiter erschöpfen, aber meine Kohle bleibt für mich in der Erde; ich kann warten, bis der Hunger in den Eingeweiden der Miner wählt. Sie mögen meine Herzlosigkeit versuchen, aber meine Kohle bleibt, bis sie zu dem Lohne graben, den ich bestimme. Streikt Ihr Sklaven, aber so lange Ihr nicht die Wurzel des Übels trefft und mit wegnehmt, was ich zu Unrecht habe, so lange werde ich Euch beherrschen.“ — Daher erkläre ich (Mr. Powderly), daß die Kohlenfelder von Pennsylvania dem Volke der Vereinigten Staaten gehören und von deren Regierung zum Besten des ganzen Volkes ausgebeutet werden sollen. Die Kohle soll zu einem angemessenen Preis zu Markte gebracht werden und Jedermann zugänglich sein; dann wird für jedes Pfund, das jetzt gebraucht wird, eine Tonne begehrt werden. Wer will bestreiten, daß die beste Art der Lösung der Kohlenfrage darin besteht, die Kohlenfelder denen wegzunehmen, welche jetzt die Gewalt mißbrauchen, die ihnen diese Schätze verleihen und sie der Regierung zu überantworten? Warum soll länger geduldet werden, daß eine Gabe des Himmels durch einige Erdenwürmer monopolisiert werde? Wer wird die Agitation inszenieren und solange fortführen, bis Alle einsehen, ob es recht oder unrecht ist, daß eine handvoll Leute die Wärme eignen, während Viele zu Tode frieren? — Soweit Herr Powderly. Das ist aber noch nicht alles. In derselben Nummer des „Journal of United Labor“ wird außerdem die Frage erörtert, „warum die Regierung nicht ein Händler werden solle“ und wieder ist die Antwort: „Es wird angenommen, daß die Regierung zum Besten des Volkes da sei. Wenn sie nun seinen Interessen besser dienen kann, als einzelne Individuen können und thun, giebt es da einen vernünftigen Grund, weshalb es nicht geschehen sollte? Wenn Schafe gezogen, Tuch fabriziert wird nur zum Vortheil der Fabrikanten, wenn Zucker bloß den Pflanzern bereichert, wenn Fleisch bloß dazu sein soll, um Erlöse zu Millionären zu machen, dann allerdings soll die Regierung ihre Hände davon lassen. Aber, wenn sie diese Lebensbedürfnisse dem Volke billiger und besser liefern kann, als Individuen, dann ist es die Pflicht des Gouvernements, es zu thun. In dem Vorstehenden hören unsere Leser nichts neues. Aber es kommt darauf an, wer es sagt. Die Arbeitsritter sind bisher in ihrem Programm nicht über die Forderung hinaus gegangen, daß die Regierung die Verkäufersmittel übernehmen soll. Wie man sieht, geht Powderly einen bedeutenden Schritt weiter und bahnt den Weg für die Erweiterung des Programms, indem er die Expropriation der Kohlenfelder bestimmt vorschlägt und überhaupt für die Idee der Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche eintritt. Allerdings noch in unfertiger Weise, da er zu glauben scheint, der heutige Staat werde die Produktion und Verteilung zum allgemeinen Besten des Volkes leiten. Das wird er niemals thun, und das wird auch Herr Powderly noch einsehen und darum auch für eine politische Thätigkeit der Arbeiterklasse eintreten, damit die Arbeiter auch den rein politischen Einfluß der Besitzenden brechen, der jeglichen Staatsbetrieb heute zu einem neuen Arbeiter-Ausbeutungsfeld macht.

Erlischt das Recht auf Sterbegeld, wenn ein Krankenmitglied wegen fortwährender Krankheit von der Kasse „ausgesteuert“ worden ist? Diese Frage ist schon oft erörtert worden; die Kassen haben vielfach die Auszahlung des Sterbegeldes verweigert; sie sind aber dazu verpflichtet, wie neulich wieder die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats entschieden hat. Hören wir den Fall: Der Kutcher August Wille beanpruchte von der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen Zahlung des Sterbegeldes für seinen am 16. Dezember 1887 in der Irrenanstalt zu Dalldorf verstorbenen Bruder Karl August Wille, dessen Vererdigung er bewirkt hatte. Diese Zahlung wurde aber von der gedachten Krankenkasse abgelehnt, indem dieselbe geltend machte, daß der Verstorbene bis zum 20. April 1887 die statutenmäßig ihm zustehende höchste Unterstützung erhalten habe, Beiträge natürlich, wegen fortwährender Krankheit nicht weiter zahlen konnte und darum von der Kasse gestrichen, Sterbegeld aber nur Vereinsmitgliedern zu gewähren sei. Die Weigerung beruht von Wille nunmehr verklagte Kasse wurde von der Gewerbe-Deputation des Magistrats für unbegründet erklärt, indem dieselbe ausführte: Durch das Ausschließen der Krankenunterstützung erfolgte an sich die Mitgliedschaft des qu. Wille nicht, wohl aber war der Genannte nach § 33 des Statuts der besagten Kasse vom 24. November 1884 von Beitragszahlung für die Zeit der durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit befreit, hatte also der Kasse gegenüber als Mitglied keinerlei Verpflichtungen zu erfüllen. Aus den eingeforderten Akten der hiesigen Armenverwaltung Litt. Mi. Nr. 3134 geht nun hervor, daß zc. Wille auch nach dem 20. April 1887 bis 28. Juni 1887 in der Irrenanstalt zu Dalldorf war, an letzterem Tage aus

der Anstalt beurlaubt wurde, nach ärztlichem Gutachten des königlichen Medizinrats Dr. Sander vom 14. Juli 1887 erwerbsunfähig blieb, infolge dessen von der hiesigen Armenverwaltung weiter unterstützt werden mußte, am 31. August 1887 Wiederaufnahme in der Irrenanstalt fand und dajelbst am 16. Dezember 1887 verstarb. Hiernach war der zc. Wille auch nach dem 20. April 1887 bis zu seinem Ableben dauernd krank und erwerbsunfähig, verließ das Krankenmitglied und seinen Hinterbliebenen der Anspruch auf das nach § 2 des Krankenversicherungsgesetzes zu den Mindestleistungen gehörige Sterbegeld. — Nach der bisher vielfach geübten Praxis galt ein Krankenmitglied nach Bezug des höchst zulässigen Krankengeldes für „ausgesteuert“ und des Anspruchs auf Sterbegeld für verlustig! Das ist falsch. Das Krankengeld hört allerdings nach einem gewissen Termin (mindestens 13 Wochen) auf, aber das Recht auf Sterbegeld bleibt, wenn der Betroffene bis zu seinem Tode dahinsieht und nie wieder arbeitsfähig wird.

Die Folter für verunglückte Arbeiter. Wir wollen nicht sagen, daß es jetzt noch vorkommt, aber früher lagen in manchen Lazarethen immer eine Anzahl sogenannter „Invaliden-Studenten“, d. h. Personen, die einen Invalidenchein und damit einen Anspruch auf irgend welche Versorgung haben wollten. Sie waren vielleicht häufig wirklich Simulanten, wurden aber in der Regel alle als solche behandelt und in fortschreitendem Grade von den Ärzten mit schmerzhaften Kuren behandelt, um sie zu veranlassen, zu erklären, daß sie gesund wären. Von der ärgsten Hungerdiät bis zum Abtrennen von Oblaten, die in Schwefelsäure getaucht waren, auf empfindlichen Stellen des Körpers, hatte so jedes Lazareth seine eigene Stufenleiter von Behandlungen, die die Invaliden-Studenten durchzumachen hatten, und nur, wer alle Grade gut bestanden hatte, erlangte sein Ziel. Daß es dabei vorlam, daß wirklich kranke Männer, die solcher Behandlung nicht gewachsen waren, um ihre Ansprüche gebracht wurden, während hartnäckige Simulanten ihr Ziel erreichten, ist nicht zu verwundern. — Es scheint, als ob auf einigen Stellen die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen ähnliche Folterqualen über verunglückte Arbeiter verhängen. Man hört z. B. von auffallend häufiger Anwendung sogenannter elektrischer Kuren bei verunglückten Arbeitern, deren Pein schon manchen gezwungen haben soll, seine Ansprüche fahren zu lassen, auch hört man, daß man durch Aussicht auf höchst schmerzhaft und lästige Operationen Verunglückte bewogen hat, sich denselben nicht zu unterwerfen, und daß sie so ihre Ansprüche auf die Rente der Unfallversicherung verloren haben, weil der Vertrauensarzt erklärte, er würde den Verunglückten arbeitsfähig hinstellen, wenn er die Operation nicht gebuldet wolle. Der Verdacht der Arbeiter, daß hierbei das Interesse der Berufsvereinigungen von den Ärzten zu weit gefördert werde, ist sehr leicht erklärlich. Wir wollen, da wir die einzelnen Fälle nicht genau kennen, kein eigenes Urtheil abgeben, es ist aber unbedingt notwendig, daß die Arbeiter der Sache eine hervorragende Aufmerksamkeit widmen. Dazu ist erforderlich, daß die Unterstützungskassen der Arbeiter und ihre Fachorganisationen sich Vertrauensärzte von anerkanntem Ruf und hervorragender Stellung zu sichern suchen, die bei der erforderlichen menschenfreundlichen Gesinnung ein solches Gewicht des Namens haben, daß ihr Gutachten nicht bei Seite geschoben werden kann, sondern vom Reichsversicherungsamt beachtet werden muß. Diesen Vertrauensärzten mußten dann die Fälle zur Begutachtung unterbreitet werden, bei welchen es scheint, daß die Behandlung eines Verunglückten auf ein Foltern hinausläuft, um ihn zum Aufgeben seiner Ansprüche zu zwingen. Gestützt auf solch ein Gutachten könnte dann der Verunglückte sich weigern, weiter die „Kurethode“ an sich vollstrecken zu lassen. Man sieht, den Arbeiterorganisationen erwachsen immer neue und größere Aufgaben. Mögen die Arbeiter daher dieselben kräftig stützen. Nur wenn ihnen genügende Unterstützung wird und sie bedeutende Mittel zur Verfügung haben, können sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Also organisiert Euch, Ihr Arbeiter!

Pflicht jedes arbeitenden Berliner Stellmachers ist es, sich der „Vereinigung deutscher Stellmacher“ anzuschließen. Eine öffentliche Versammlung soll demnächst einberufen werden.

Auch den Berliner Malern möchten die **Innungsmeister** einen Gesellenauschuss aufstrotzen. Zu einer Versammlung waren neulich nur Gehilfen geladen, die bei Innungsbrüdern arbeiten; an der lächerlich geringen Theilnahme scheiterte die Sache. Die Malergehilfen werden aber gut thun, die Augen offen zu halten und bei der beabsichtigten nächsten Versammlung sich zahlreich Einlaß zu verschaffen, um jede Ueberrumpelung zu vereiteln. Darum aufgepaßt!

Der Streik der Berliner Lackirer, welche bekanntlich weiter nichts verlangen, wie zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 33 Pf., dauert fort. Die Innungsmeister leisten gerade den größten Widerstand und haben sich durch eine Konventionstrafe von 100 Mark verpflichtet, den Tarif nicht zu unterschreiben. Unter den verschiedensten Gewerkschaften, bei den Malern, den Tischlern, den Buchbindern u. s. f. regt sich werththätige Hilfe. Möge den Arbeitern recht rasch der Sieg zufallen!

Die schottische Typographengewerkschaft hat soeben ihren 42. Jahresbericht veröffentlicht. Danach betrug die Einnahme 52 470 Mark, die Ausgabe 44 729 Mark. Von 2238 Mitgliedern erhielten 340 Arbeitslosenunterstützung im Betrage von 12 292 Mark. 16 616 Mark wurden für Krankengeld ausgegeben.

Verbreitung sozialistischer Flugblätter.

Ein Prozeß wegen Verbreitung sozialistischer Flugblätter in Berlin beschäftigte am Dienstag das Schöffengericht. Angeklagt waren die Arbeiter Adolf Diez, Rudolf Schneider, Wilhelm Schwarz, Karl Knobel, Josef Franke, Gustav Hornmuth und Franz Raunmuth. — Das Flugblatt war gegen Stöcker'sche Angriffe auf den Abg. Singer gerichtet und schloß mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie. Es war erst am Tage nach seiner Verbreitung verboten worden. — Der Staatsanwalt, welcher in einem früheren Termin die Anklage gegen Knobel nicht aufrecht erhalten hatte, beantragte diesmal gegen die vier ersten Angeklagten je 4 Wochen Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten, als die „Verführten“, aber je 20 M. Geldbuße. — R.-A. Glan entwickelte aus juristischen Gründen die Nothwendig-

keit einer Freisprechung, da der Ministerialbeschuß nur von einer Verbreitung „auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten“ spreche, die Klare von Privathäusern und die Vorläufe von Privatwohnungen aber nicht dazu zu rechnen seien. Außerdem sehe fest, daß die Anstifter zu dieser Verbreitung den eigentlichen Verbreitern nur den Auftrag erteilt haben, die damals noch nicht verbotenen Druckschriften in ganz erlaubter Weise in die einzelnen Wohnungen hineinzureichen. Wenn gegen diese Anordnung gefehlt worden, so könne man dies den Betreffenden ebensovienig zur Last legen, wie etwa die oberen Instanzen dafür verantwortlich seien, wenn beispielsweise ein Kriminalschuymann trotz des Verbotes, etwas Ungeheures zu thun, doch polnische Druckschriften sozial-revolutionären Inhalts verbreitet. — Kriminalkommissar Graf Stillsried erklärte auf diesen Vergleich, welcher sich auf den Posener Prozeß stützte, daß der Schuymann Raporra jene Druckschriften nicht gegen den Befehl seiner Vorgesetzten verbreitet hat, dies vielmehr auf Befehl seiner Vorgesetzten geschehen sei. — Der Gerichtshof — Vorsitzender Amtsrichter Dikel — erklärte sämtliche Angeklagte für schuldig. Das Sozialistengesetz, auf welchem der qu. Ministerialbeschuß beruhe, spreche von öffentlichen Wegen, Plätzen oder „anderen öffentlichen Orten“. Der Ausdruck „öffentlicher Ort“ komme in einem andern Reichsgesetz nicht vor, dagegen im Preußengesetz und aus der ganzen geschichtlichen Entwicklung, aus der Stellung des Abgeordnetenhauses gehe hervor, daß damals der Ausdruck „anderer öffentlicher Ort“ mit Vorbedacht hinzugefügt worden sei. Daß sich das Sozialistengesetz auf diesen umfangreicheren Standpunkt stelle, sei selbstredend, wenn man die ganze ratio desselben berücksichtige. In Uebereinstimmung mit einem Landgerichtserkenntnis vom Jahre 1881 habe der Gerichtshof den **Flur eines Hauses für einen „öffentlichen Ort“** erachtet und demgemäß Diez und Knobel, welche augenscheinlich Hauptagitatoren seien, zu **3 Monaten**, Schneider und Schwarz zu je 14 Tagen Gefängnis, die drei übrigen Angeklagten zu 10 Mark Geldbuße verurtheilt. — Von einer sofortigen Verhaftung sah der Gerichtshof erst ab, als Verteidiger und Angeklagte in längerer Aussprache sich dagegen gewandt hatten. — Wir heben zum Schluß nochmals hervor, daß es sich hier nicht um ein verbotenes Flugblatt handelte, sondern nur darum, daß die „Genehmigung“, die in Berlin seit dem Oktober v. J. nöthig ist, nicht eingeholt wurde. Weiter brauchen wir wohl nicht zu betonen, daß für die Verbreitung anderer, nichtsozialistischer „Druckschriften“ die Handhabe und Treppe auch ferner nicht als „öffentlicher Ort“ gelten wird. Nach einem anderen Zeitungsbericht hätte der Gerichtshof sogar „Wohnungen“ für „öffentliche“ Orte erklärt. Das geht uns aber so sehr über die Hutchnur, daß wir erst Erkundigungen einziehen werden, ehe wir diesem Bericht glauben. Denn wenn auch die Wohnung ein „öffentlicher“ Ort ist, was wäre denn dann noch nicht öffentlich?

Literarisches.

Die Naturkenntnis im Lichte des Darwinismus. Vier Vorträge in gemeinverständlicher Darstellung von Emanuel Burm. Ottav, broschirt, 170 Seiten, Preis 50 Pf. — Obiges Werk wendet sich an die großen Massen des Volkes, welche zum wahren Erkennen der Natur hingeleitet werden wollen. In leicht verständlicher, von Fremdwörtern freier Sprache, schildert der als Volksschriftsteller bereits bekannte Verfasser auf Grundlage von vier Vorträgen, die er im Dresdner Verein für Volksbildung hielt: 1. Die Entwicklungsgeichte der Naturkenntnis. 2. Die Darwin'sche Theorie. 3. Die Abstammung des Menschen. 4. Die Vorgeschichte des Menschen. — In Berlin zu beziehen durch R. Kohlhardt, Brandenburgstraße 56.

Briefkasten.

Zimmererarbeitenachweis. Wir bestätigen gern, daß Sie keinerlei Vorwurf wegen der Veröffentlichung der Anzeige treffen kann. Den Einsender festzustellen, war uns leider nicht mehr möglich. Wir werden uns in Zukunft, zur Vermeidung ähnlicher Mißlichkeiten, an Ihren Namen und den Stempel Ihres Bureaus halten.

Offenbacher Kaffe. Wenden Sie sich an Buchbinder Bielefeld, Brückenstraße 4, Laden.

Stenerzahler. Bei der Einschätzung zur Klassensteuer darf die Wohnungsmiethe nicht vorab vom Einkommen in Abzug gebracht werden, ebenso wenig ist dies zulässig hinsichtlich der übrigen Steuern. Die Rücksicht, daß die Einnahmen aus der Wohnungsmiethe bei dem Hausbesitzer versteuert wird, kann nicht maßgebend sein, denn jeder Ausgabe steht eine Einnahme bei einer anderen Person gegenüber.

Spezialer. Wir bitten, monatlich abzurechnen. Zahlen Ihre Abonnenten denn nicht pränumerando?

Schulpflicht. Der Anfangstermin der Schulpflicht ist in der That in Preußen kein einheitlicher. Das Allgemeine Landesrecht und die Kabinettsordre vom 14. Mai 1825, welche auch für die 1866 annektirten Provinzen Geltung hat, bestimmen das vollendete 5. Lebensjahr als Anfangstermin der Schulpflicht, dagegen das für die Provinz Preußen erlassene Gesetz vom 11. Dezember 1845 das vollendete 6. Lebensjahr, jedoch unter gleichzeitiger Befreiung des Schulbesuches vom vollendeten 5. Lebensjahre ab. Für die Rheinprovinz bestimmt der derselben unterm 26. März 1839 ertheilte Landtagsabschied, daß die Bezirksregierungen nach örtlichen Verhältnissen in ganzen Gemeinden oder größeren Bezirken alle Kinder, die das 6. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, von der Schulpflicht befreien können. Inzwischen sind theils durch Verfügungen des Unterrichtsministeriums (z. B. vom 24. April 1828 für die Provinz Westfalen), theils mit Genehmigung der Staatsregierung durch Verfügung der Bezirksregierungen (z. B. für Breslau vom 20. Dezember 1873, für Frankfurt vom 24. März 1853, für Merseburg vom 26. November 1878) Abänderungen getroffen worden. Wenn bisher die Frage noch nicht einheitlich geregelt worden, so dürfte das in erster Linie darin seinen Grund haben, daß noch Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, welches Lebensjahr als Anfangstermin der Schulpflicht festzusetzen ist. Die Deputation für das Medizinalwesen hat vorgeschlagen, erst mit vollendetem 7. Lebensjahre die Schulpflicht beginnen zu lassen.

Der Alte. Lustig ist es anzusehen, wenn die Frösche ins Wasser gehn. — Stören wir sie dabei nicht!

Amerika. In dem Eide, welchen jeder Ausländer, der amerikanischer Bürger wird, ablegen muß und welchen jeder Ausländer der zur Zeit Bürger der Vereinigten Staaten ist, abgelegt hat, heißt es: „Und ich schwöre hiermit, daß ich ein Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika werden will und aller Freie und Anhänglichkeit an irgend einen fremden Fürsten, Potentaten oder Souverän, speciell aber für ... (bei einem Deutschen also: für den deutschen Kaiser) ... für immer entsage.“